Die KPD. — Deine Partei
Der „Klassenkampf" Deine Zeitung
Deine Stimme der Liste 4

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 21045 (Red.); 21047 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung Der Rote Stern

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag G. m. b. H., Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Donnerstag, 4. September 1930 | 10. Jahrgang * Nr. 207

Reichs-Erwerbslosentag am 10. September!

Bezirkskonferenz der Erwerbslosen berät Organisierung des gemeinsamen Kampfes der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen gegen Ausbeuteroffensive und Diktatur — Auf der Straße und auf den Kampfkonferenzen am 7. September muß die Einheitsfront gegen die Ausbeuter in Erscheinung treten!

Halle, 4. September.

Gestern tagte im hallischen „Volkspark" die mitteldeutsche Bezirkskonferenz der Erwerbslosen. Die eingehende Aussprache, über die wir im Gewerkschaftsteil ausführlich berichten, brachte den scharfen Kampf der Erwerbslosen gegen Ausbeuteroffensive und Faschismus zum Ausdruck. Ihren Abschluß fand sie mit der einstimmigen Annahme der folgenden

Resolution

Die Bezirks-Erwerbslosenkonferenz Mitteldeutschlands begrüßt die Organisierung des

Reichserwerbslosentages am 10. September

durch den Reichsausschuß. Der bankrotte deutsche Kapitalismus wird nach den Wahlen, unabhängig von ihrem Ausgange, den Unterstützungsraubzug maßlos steigern. Steuerraub, Verschlechterung der Erwerbslosen- und Sozialfürsorge, Lohnraub, Massenentlassungen und Zwangsarbeit sind deutliche Vorboten des zu erwartenden faschistischen Terrors im kommenden Winter.

Vor den Erwerbslosen steht die Aufgabe in vorderster Front, die revolutionäre Einheitsfront zum Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung, gegen Faschismus, zum Sturz des Kapitalismus zu organisieren. Gegen alle Angriffe: Lohnraub, Erwerbslosigkeit, Mietwucher, Steuern und Teuerung,

muß der Streik organisiert werden.

Unter der Führung der KPD. müssen

die Erwerbslosen mit den Betriebsarbeitern, in der RGO. zusammengefaßt,

die Streiks selbständig gegen die Gewerkschaftsbürokratie organisieren. Dazu werden an den Stempelstellen gemeinsam mit den Betrieben

Kampfausschüsse, revolutionäre Vertrauensleute, aktive Betriebswehren

geschaffen

in denen die Erwerbslosen aktiv teilnehmen an den Vorbereitungen der Durchführung der Streiks.

Die Erwerbslosen fordern von den Betriebsarbeitern, daß diese in den Betrieben die Kämpfe organisieren und gemeinsam mit den Erwerbslosen am 10. September aufmarschieren,

um zu demonstrieren, wie auch am 14. September durch die Abgabe der Stimme für die KPD., Liste 4,

für Streik,

gegen Lohnraub und Massenerwerbslosigkeit,
gegen Faschismus und imperialistischen Krieg;
gegen Steuerdiktatur und Unterstützungsraub;
für Sturz des Kapitalismus,
für ein Sowjet-Deutschland.

*

Für die nächsten Schritte der Massenmobilisierung wurden eine Reihe von

Aktionsaufgaben

gestellt, die in Zusammenarbeit mit den Betriebsarbeitern gelöst werden müssen, wie vor allem die Schaffung von

50 roten Betriebswehren durch Zusammenarbeit von Betriebsarbeitern und Erwerbslosen zur Abwehr von Streikbrecherunwesen und Faschismus und von 100 Aktivgruppen zur Steigerung der Massenmobilisierung.

Im revolutionären Wettbewerb wollen die Erwerbslosen die gestellten Aufgaben lösen.

*

Die Bezirkskonferenz der Erwerbslosen bedeutet — trotz aller Schwächen, die in einigen Gebieten in ihrer Beschickung zum Ausdruck kamen und die ein deutliches Abbild der Mängel unserer Arbeit sind —

einen bedeutsamen Schritt in der Entwicklung der Kampfvorbereitungen zum Streik gegen Ausbeuteroffensive und Diktatur.

Sie hat die Lehren, die Mansfeld der Erwerbslosenbewegung sowie den Betriebsarbeitern gegeben hat, zum Ausdruck gebracht:

Die wichtigste Waffe gegen alle Vorstöße des Kapitals ist heute der Streik — aber der Streik setzt engste Zusammenarbeit von Betriebsarbeitern und Erwerbslosen in den vorbereitenden Kampfausschüssen, in den proletarischen Selbstschutzorganen, in den Streikleitungen voraus.

Und diese Zusammenarbeit muß in den nächsten Tagen ihren Ausdruck darin finden, daß

die Erwerbslosen ihre Vertreter zu den Konferenzen der Braunkohlen-, Chemie- und keramischen Arbeiter am 7. September entsenden und daß die Betriebsarbeiter am 10. September gemeinsam mit den Erwerbslosen aufmarschieren:

Gegen Unterstützungs- und Steuerraub, gegen Lohnabbau und kapitalistische Rationalisierung!

Für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich und Wiedereingliederung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß!

Für den Streik gegen die Ausbeuteroffensive!

Für den Steuerstreik!

Für den Sturz der Brüning-Diktatur durch politischen Massenstreik!

Für Sowjet-Deutschland!

Leuna-Arbeiter nehmen Stellung zu den Kampfforderungen der RGO.

Diskutiert in den Betrieben den Manteltarifentwurf — Wählt Delegierte zur Chemiekonferenz am 7. September in Halle, die zu den Forderungen Stellung nimmt

Die flegende Kundgebung am gestrigen Abend auf dem Thieplatz wies einen überraschend guten Besuch auf. Mittels Flugblättern durch Erwerbslose wurden die Leuna-Proteten aufmerksam gemacht, stehen zu bleiben. Eine große rote Agitationssäule stand über den Platz und erweckte lebhaftes Interesse. Es sprachen die Genossen Wilhelm Koenen, der Spitzenkandidat der KPD., Liste 4, und der rote Leuna-Betriebsrat, der Kandidat der Leuna-Proteten, Hans Volkmann. Letzterer wies auf die bevorstehende Lohnbewegung hin und erinnerte daran, daß die Unternehmer versuchen mit der Ausrede, in der Zeit der Krise könne man nicht kämpfen,

den Tarif nicht gekündigt haben.

Auch der Sabotage der sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer ruft die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition zum Kampf und trifft Vorbereitungen dazu. Im „Klassenkampf" vom Mittwoch, dem 3. September, ist ein Mustertarifvertrag, ein Entwurf der RGO., veröffentlicht, verbunden mit einer Aufstellung der Forderungen der Chemiearbeiter, die noch einer betrieblichen Ergänzung bedürfen.

Zuerst sprach der Genosse Wilhelm Koenen. War schon bei den Ausführungen des Genossen Volkmann große Aufmerksamkeit zu verzeichnen, so steigerte sich diese noch, als der Genosse Koenen seinen Referat begann. Rund 400 Arbeiter lauschten seinen Ausführungen, die wiederholt von starkem Beifall unterbrochen wurden. Im Hintergrund, so begann der Genosse Koenen, lauert drohende Gespenst des Faschismus, die einzige Hoffnung der Bourgeoisie, den drohenden Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu verhindern. Doch überall rütteln die Arbeiter an den morschen Stützen des faschistischen Mordregimes, besonders in Budapest. Streiks und Demonstrationen in Polen. Gewaltige Erwerbslosendemonstrationen in allen kapitalistischen Ländern. Sie künden den Zusammenbruch der faschistischen Herrschaft an. Die deutschen Arbeiter werden ihren unter blutigen Opfern kämpfenden Brüdern in allen faschistischen Ländern helfen durch Kampf gegen die eigene Bourgeoisie, gegen den Faschismus, durch Organisierung des politischen Massenkampfes und durch Sturz des bankrotten Kapitalismus.

Hungernde erwerbslose Maurerhände und auf der anderen Seite fehlen zwei Millionen Wohnungen.

Tonnen Getreide faulen in den Speichern. Alle Anträge der Kommunistischen Reichstagsfraktion, dieses Korn als Brot den hungernden Erwerbslosen zu geben, wurden einstimmig durch alle bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie abgelehnt. Gebt allen reaktionären Parteien, der Sozialdemokratie und den Nazis am 14. September die erste Antwort!

Bereitet in den Betrieben Kämpfe um Lohnforderungen und den politischen Massenstreik vor!

In einem stürmischen Hoch gelobten die Leuna-Arbeiter, gemeinsam mit der Kommunistischen Partei und den Erwerbslosen für die Errichtung der proletarischen Diktatur und für ein Sowjet-Deutschland zu kämpfen. Nach halbstündiger Dauer wurde die wuchtige Kundgebung geschlossen. In den in den nächsten Tagen weiter stattfindenden Versammlungen wird die Delegiertenwahl zur Chemiekonferenz erfolgen.

Hitler — Wels — Mahraun

die Einpeitscher der kapitalistischen Diktatur in Young-Deutschland!

So sieht es in Young-Deutschland aus:

(WTB.-Meldung)

„Chemnitz, 3. September.

Im benachbarten Oberfrohna wurden gestern abend der Händler Paul Fischer, seine Ehefrau und die vier Kinder im Alter von sechs Monaten bis zu neun Jahren in ihrer Wohnung gasvergiftet tot aufgefunden. Fischer und seine Frau, die in glücklicher Ehe lebten, haben die Tat in gegenseitigem Einverständnis wegen wirtschaftlicher Notlage begangen."

Genosse Ernst Thälmann

der Führer der KPD., zeigt Euch den einzigen Ausweg, den die Kommunisten den Massen weisen:

Der Weg der Sowjetunion! Dort sieht es so aus:

Aus einem Brief eines hallischen Arbeiters aus der Sowjetunion an den Arbeiter Artur E., Halle, Hohenweidener Weg 43:

„. . . Man staunt nur, was hier geleistet wird. Gewaltige Bauten sind fertig und stehen im Bau. Man kann es gar nicht so schildern, wie gewaltig man es hier vor Augen hat. Hier gibt es keine Arbeitslosen. . . . Große Lesehallen überall. Jede größere Fabrik hat ein eigenes Klubhaus, Sportplätze und Stadions (nicht so ein trauriges wie Halle), Kulturparks. Alles auf das modernste eingerichtet . . . Für mich ist bestens gesorgt . . ."

Faschismus oder Kommunismus?

Hört, was Euch Ernst Thälmann zu sagen hat! Am Sonnabend, 6. September im „Volkspark", Halle

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300904-15/fragment/page=0001

Was soll werden?

Wer noch nicht gewußt hat, wohin nicht nur die Trenkranus und Schlese, die Hindenburg und Seeckt steuern, sondern auch die führende Regierungspartei, das Zentrum, dem wurde es mit nicht zu überbietender Klarheit dargelegt von dem Jesuitenpater Muckermann in der „Germania". Herr Muckermann erklärt ganz kurz und bündig:

„Es wird entweder ein arbeitsfähiges Parlament geben, oder das letzte Parlament der Weimarer Zeit."

Ein „arbeitsfähiges Parlament", d. h. natürlich ein solcher Reichstag, der prompt und gehorsam wie ein gut dressierter Pudel alles apportiert, was die regierenden Herren fordern: neue Massensteuern, Entlastung des Besitzes, verschärften Abbau der Sozialgesetzgebung, brutalste Unterdrückung der Arbeiterbewegung, gesteigerte Kriegsrüstungen. Wenn der kommende Reichstag diese Befehle der besitzenden Klasse nicht schleunigst und reibungslos ausführt, dann wird er nach Hause geschickt und das Regieren mit Artikel 48 geht in verschärfter Form weiter.

Welche Folgerung zieht die Sozialdemokratie aus dieser drohenden Perspektive der faschistischen Diktatur? Sie veranstaltet Wahlversammlungen mit der Schwindelparole: „Demokratie oder Diktatur" und der „Vorwärts" schreibt:

„daß es die wichtigste Aufgabe dieser Wahl ist, im neuen Reichstag eine Mehrheit derjenigen, die überhaupt für die Erhaltung der Demokratie sind, zu schaffen."

Woher soll diese Mehrheit für die „Erhaltung der Demokratie" kommen? Wo sind die Parteien in Deutschland, die die jetzt so prächtig gedeihende bürgerliche Demokratie retten wollen? Rechts vom Zentrum treten alle Parteien klar und offen gegen die parlamentarische Demokratie auf. Die Sprache des Zentrums ist nicht weniger deutlich und die Taten der Regierung, an deren Spitze der Zentrumskanzler Brüning steht, sprechen deutlicher. Und wie steht es mit dem galvanisierten Leichnam der demokratischen Partei, der neuen „Staats"- oder richtiger Giftgas-Partei? Herr Koch-Weser hat auf Hörsings Anfrage geantwortet, daß seine Partei zur Weimarer Verfassung steht.

Aber der Kern der Weimarer Verfassung ist neben der Heiligung des Privateigentums eben jener Artikel 48, mit dessen Hilfe die faschistische Diktatur in Deutschland errichtet werden soll.

Auf dem Boden der Artikel-48-Diktatur steht neben den Zentrumsministern der Finanzminister Dietrich, ein prominenter Führer der Staatspartei. Er steht nicht weniger wie der Pater Muckermann auf dem Standpunkt, daß der Reichstag zu verschwinden hat, wenn er sich den Forderungen des regierenden Interessentenhaufens nicht fügt.

Wo also sind die zuverlässigen Demokraten, mit denen zusammen die SPD. eine Mehrheit erschaffen will?

Und wie steht es mit der SPD. selbst? Jetzt im Wahlkampf ist des Redens von Demokratie kein Ende. Aber wir haben andere Reden gehört und andere Taten gesehen! Auf dem Magdeburger Parteitag der SPD. erklärte der Parteivorsitzende Wels:

„Wenn eine Diktatur notwendig werden wird, dann soll es unsere Diktatur sein."

Hermann Müller hat in seiner Regierungszeit den Präsidenten Hindenburg angefleht, er möge ihm die Ermächtigung geben, mit Artikel 48 zu regieren. Soweit gestritten wird zwischen den verschiedenen Hilfstruppen der Bourgeoisie, geht der Streit nur darum, wer in ihrem Auftrage die Diktatur durchführen soll.

Wenn von den wenigen bescheidenen Rechten, die die bürgerliche Demokratie den Arbeitern verspricht, in Deutschland fast nichts mehr übrig ist, so tragen daran die Führer der SPD. die Hauptschuld.

Versammlungsfreiheit? SPD.-Zörgiebel war der erste, der eine Maidemonstration zusammenschießen ließ.

Vereinsfreiheit? Severing und Grzesinski verboten den Roten Frontkämpfer-Bund.

Streikfreiheit? Sozialdemokratische Gewerkschaftsbonzen schufen die Schlichtungsfesseln. Und schließlich war es Severing, der mit seinem „Republikschutzgesetz" jeder kommenden Regierung eine furchtbare Waffe gegen die Arbeiterklasse in die Hand drückte.

So können wir auf Grund der Taten und Reden der Führer aller Parteien feststellen: es gibt nur eine Partei, die die Rechte der arbeitenden Massen gegen die wachsende faschistische Unterdrückung verteidigt, die Kommunistische Partei. Im Reichstag so wenig wie sonst irgendwo werden sich die Fronten scheiden nach der verlorenen SPD.-Parole: Demokratie oder Diktatur. Auf der einen Seite stehen die Anhänger der bürgerlichen Klassenherrschaft, der Diktatur des Finanzkapitals, die mit verschiedenen Methoden und in verschiedenen Formen die Stärkung und Verschärfung dieser Diktatur, den Uebergang zur faschistischen Diktatur betreiben.

Diese Front reicht von den Sozialfaschisten bis zu den Nationalsozialisten.

Auf der anderen Seite steht die einzige antifaschistische Partei, die Partei des Kampfes für die proletarische Diktatur, für die Demokratie der Werktätigen, die einzige Partei, die zugleich die kümmerlichen demokratischen Rechte der arbeitenden Massen innerhalb des bürgerlichen Staates verteidigt.

Die drohenden Anschläge des Faschismus in seinen vielen Gestalten werden nicht durch irgendeine „demokratische Mehrheit" im Reichstag abgewehrt werden. Kein Mittel der Weimarer Verfassung, nicht Millionen sozialdemokratischer Stimmzettel, nicht Dutzende sozialdemokratischer Abgeordneter und Minister werden auch nur das Geringste zur Abwehr des Faschismus helfen.

Zur Abwehr des Faschismus rüsten die arbeitenden Massen in den Betrieben und an den Stempelstellen.

Wenn die Arbeiterklasse zum politischen Massenstreik gegen die faschistische Diktatur rüstet, dann weiß sie, was sie von den sozialfaschistischen Führern zu erwarten hat. Nicht Hilfe, sondern Gummiknüppel und blaue Bohnen. Für ihre Posten und Pöstchen in dieser prächtigen Republik, die von Tag zu Tag mehr ein faschistisches Tollhaus wird, werden die sozialfaschistischen Führer diesmal wie früher ihren Polizei- und Gewerkschaftsapparat einsetzen, um die Massenbewegung der Arbeiterschaft abzuwürgen und niederzuschlagen.

Aber 1930 ist nicht 1918 und nicht 1923! Die Arbeiterschaft hat gelernt. Das wird sie schon am 14. September zeigen! Der 14. September wird im Zeichen der Liste 4 eine Massendemonstration werden für den revolutionären Kampf, gegen den Faschismus und seine sozialfaschistischen Helfershelfer.

Wie es im „dritten Reich" der Nazis zugeh

Die Schlacht in der Hedemannstraße — Der Kanossagang Hitlers — Regierungspläne nach dem 14. September

Wir entnehmen dem Organ Otto Strassers, „Der revolutionäre Nationalsozialist", die nachfolgende Schilderung über die letzten Vorgänge in der Berliner Organisation der Jünger vom Hakenkreuz.

Hauptmann Stennes hatte am Sonnabend auf der Geschäftsstelle der SA. die sich gleichfalls in der Hedemannstraße 10 befindet, eine Besprechung mit seinen Unterführern. An dieser Besprechung nahmen auch SA.-Führer aus dem Reiche teil. So stellte sich der schlesische Gausturm geschlossen hinter die Berliner SA.

In dieser Besprechung drang der Geschäftsführer der NSDAP. Wilke, der trotz aller Vorgänge von Goebbels gestützt wird, unter Schutz der SS. (Schutzstaffel), die zu Goebbels und Wilke steht, mit vorgehaltenem Revolver ein und versuchte Stennes zu zwingen, von seinen Forderungen abzugehen und bestimmte Erklärungen abzugeben. Stennes weigerte sich. Von der SA. wurde der in Bereitschaft liegende Sturm 31 (Charlottenburg) sofort angerufen. Diesem Sturm schlossen sich andere SA.-Leute an.

Als der Sturm 31 in die Geschäftsstelle des Gaues eindrang, gab Wilke dem SS.-Führer Kern den Befehl, gegen die eindringende SA. mit dem Revolver vorzugehen. Die SS. schoß, vier SA.-Leute wurden schwer verletzt und mußten in die Krankenhäuser abtransportiert werden.

Wie Hitler kapitulierte

Hitler besuchte in Begleitung schwerbewaffneter SS.-Leute am Sonntagabend noch sämtliche SA.-Lokale, um zu retten, was noch zu retten war.

Daß der SA. dieser Canossagang Hitlers wenig imponierte, liegt auf der Hand. Noch vor wenigen Tagen hatte Hitler die SA.-Abordnung, die ihm die berechtigten SA.-Forderungen in München vortragen wollte, stolz nach Hause geschickt. Er verhandle nicht mit Rebellen. Als die SA. aber in Berlin mit der Faust auf den Tisch schlug, brach Hitler sofort seine Wahlreise ab, eilte im Flugzeug nach Berlin und unternahm Bittgänge in die SA.-Lokale.

Hitler wurde dementsprechend in den einzelnen SA.-Lokalen empfangen. Mit eisigem Schweigen hörten sich in einzelnen Lokalen die SA.-Leute die Worte ihres Führers an,

in anderen wieder erreichte er sein Ziel, die SA. wurde versöhnt, der Zweck wurde erreicht. Inzwischen wurde mit allen Mitteln auf Stennes eingewirkt, um ihn zur Nachgiebigkeit zu zwingen.

Die meisten Forderungen der SA. wurden bewilligt. Mit einigen den Reichstagswahlen werden einschneidende Maßnahmen durchzuführen.

Hitlers politische Pläne

Hitler und Goebbels waren entschlossen, 14 Tage vor dem 14. September die Revolte mit allen Mitteln abzustoppen. Nach den Reichstagswahlen werden einschneidende Maßnahmen durchgeführt, um für die Zukunft ähnliche Vorkommnisse völlig auszuschließen. Hitler und Goebbels erblicken in den revolutionären SA.-Leuten eine Gefahr für die sichere Durchführung ihrer reaktionären militischen Koalitionspolitik, die sie nach einem Wahlsieg entschlossen sind durchzuführen. Es haben bereits

jetzt schon Besprechungen der Regierungsparteien mit der Deutschnationalen Volkspartei und den Nationalsozialisten über eine gemeinsame Regierung nach dem 14. September stattgefunden.

So sieht es bei der „Nationalsozialistischen Arbeiter"-Partei aus. Und diese Bande von Landsknechten will das „Volk retten"! Im nationalsozialistischen Munde erfährt die Arbeiterschaft, daß die Prätorianergarden der deutschen Trustherren zur Niederhaltung der Arbeiterschaft im Interesse der kapitalistischen Diktatur verschachert werden. Das ist das gelobte „dritte Reich" der Hitler-Banditen in Wirklichkeit!

Der SPD.-Arbeiterbetrug:

In den Wahlreden:

„Die Sozialdemokratie fordert: Erhaltung der Kaufkraft der breiten Massen! Herabsetzung der Preise! Belebung des Produktionsprozesses!"

(Dr. Hertz in Halle, 29. August 1930.)

In der Praxis:

Für die Erhebung der Brüning-Diktatursteuern stimmten die Sozialdemokraten in den letzten Tagen in Roitzsch (Kr. Bitterfeld), Wörmlitz-Böllberg, SPD.-Gemeindevorsteher Rothe in Ammendorf, Kleefedt (Mansfelder Seekreis), Teuchern, Weißenfels.

Für den Raub an den Krankenkassenmitgliedern: Einen Antrag der Kommunisten die Verschlechterungen abzulehnen, lehnte die Mehrheit des Ausschusses der Krankenkasse Lauchhammer ab. Die SPD.-Vertreter waren bei den Befürwortern dieses schändlichen Raubes am kranken Arbeiter!

Keine Stimme diesen elenden Betrügern!

Braun bietet Mitarbeit der SPD. für Brüning-Diktatur an

(Eig. Drahtb.) Elbing, 4. September.

Die sozialdemokratischen Führer geben in ihren Wahlreden der Hoffnung Ausdruck, daß nach der Reichstagswahl wiederum die Große Koalition aufgezogen wird. Der preußische Ministerpräsident Braun stellte in einer Wahlrede in Elbing die Frage an Brüning und die derzeitige Reichsregierung,

„ob sich die Regierung in ihrer Gesamtheit heute schon darauf festlegen wolle, die Mitarbeit der Sozialdemokratie abzulehnen".

Das ist ein offenes Angebot Brauns zur Mitarbeit in der Regierung an die Hindenburg-Brüning-Diktatur. Die Schwierigkeiten innerhalb des Bürgerblocks bringen das Tempo der Anwendung der faschistischen Methoden ist für die Sozialdemokratie der Anlaß, feile Koalitionsangebote zu machen. Sie bringt damit zum Ausdruck, daß sie bereits aus bereit ist, die von ihr während der Hermann-Müller-Regierung durchgeführte Politik verschärft nach den Wahlen mit der Bourgeoisie gemeinsam fortzusetzen.

Sturmtage für rote Wahlhelfer

und alle Parteimitglieder am 5., 6. u. 7. September

In den nächsten drei Tagen muß eine gewaltige Steigerung unserer Arbeit erfolgen. In und vor den Betrieben, in den Städten und auf dem Lande, unter den Frauen und Jugendlichen, bei den Mittelständlern und Kleinbauern, überall müssen unsere Wahlhelfergruppen, Werbe- und Agitationskolonnen auftreten. Alle Wahlhelfer und Parteimitglieder müssen jetzt auf dem Posten sein und sich restlos zur Durchführung der verschiedenen Arbeiten zur Verfügung stellen.

Am Freitag

sind vor allen Betrieben **fliegende Versammlungen** und kurze Demonstrationen durchzuführen. Mit Transparenten, Sprechchören, Plakaten und durch kurze Ansprachen sind die Arbeiter auf unsere Kampflosungen hinzuweisen. Mit Sammellisten, Wahlfondsmarken und Sammelbüchsen ist eine großzügige **Sammeltätigkeit für den Wahlfonds** vor allen Betrieben zu entfalten und sind unsere Massenbroschüren zu verbreiten.

Am Sonnabend

müssen in jedem Ort, in jedem Haus, in jeder Wohnung unsere **Flugblätter, Zeitungen und Broschüren** verbreitet werden. Damit in Verbindung ist überall eine **Haussammlung** für den Wahlfonds und die **Werbung** für Partei und Presse durchzuführen. In jedes Haus und jede Wohnung müssen unsere Sammelkolonnen, unterstützt durch Sprechchöre auf den Höfen, eindringen.

Am Sonntag

ist die Parole: **„Hinaus aufs Land!"** Jede Ortsgruppe muß nach einem genau festgelegten Plan mit Marschkolonnen, Radfahrergruppen und mit Lastwagen in allen Dörfern die Bearbeitung der Kleinbauern und Landarbeiter durchführen. In jedem Ort sind fliegende Versammlungen und Dorfkundgebungen abzuhalten, in jeder Landarbeiterwohnung und jedem Bauernhaus sind unsere Flugblätter, Dorfzeitungen und Broschüren zu verbreiten.

Die Landagitation ist so zu organisieren, daß die Wahlhelfer und Parteimitglieder an den Hauptdemonstrationen des **Internationalen Jugendtages teilnehmen können.**

Nazi-Führer Fabrikant Mutschmann wil seine Arbeiter auf die Straße werfen

Spitzenkandidat der Nationalsozialisten in Sachsen ist der Textilfabrikant Mutschmann, Plauen. Dieser Geldgeber der Nazis beabsichtigt, in nächster Zeit seinen Betrieb zu schließen. Mutschmann begründet die Stillegung damit, daß er, da er Reichstagsabgeordneter werde, seinen Betrieb nicht aufrechterhalten könne.

Diese Begründung ist nur ein Vorwand. Zweifellos will Mutschmann die zeitweise Schließung seines Betriebes vornehmen, um den Arbeitern und Arbeiterinnen die erbärmlichen Löhne noch mehr zu kürzen. Außerdem will er den Betrieb von „unliebsamen Elementen" säubern.

So sehen die Naziführer aus. Um die brutale Kürzung der Löhne durchzuführen, überliefern sie die Arbeiter dem Hunger.

Der 14. September muß zeigen, daß die Arbeitermassen die nationalsozialistischen Führer durchschaut haben.

Wir stürmen überall vor!

(Eig. Drahtb.) Hamburg, 3. September.

Gestern abend fand in Altona in der riesigen Ausstellungshalle in der Moltkestraße die kommunistische Wahlversammlung statt. In unübersehbaren Scharen strömten die Werktätigen herbei, um den Führer der Kommunistischen Partei, den Genossen Ernst Thälmann, zu hören. Auf dem Winterspläß hatte sich ein gewaltiger Demonstrationszug formiert. Um 19.30 Uhr setzte sich der mit vielen tausenden zählende Zug in Bewegung nach den Ausstellungshallen, begeistert von den Werktätigen und Proletarierfrauen begrüßt. Die Ausstellungshalle war kaum imstande, alle Einbegehrenden aufzunehmen.

Eine solche Riesenversammlung hat kaum jemals in Altona stattgefunden.

Vor einigen Tagen erst hatte die SPD. in ihrer „Hochburg" Altona eine Severing-Versammlung abgehalten, die noch nicht einmal die Hälfte Besucher unserer Thälmann-Versammlung aufweisen konnte.

Erneute Bestätigung der Mitschuld der SPD am Krankenversicherungsraub

(Eig. Drahtb.) Berlin, 4. September.

Aus sozialdemokratischem Munde erhält die Arbeiterschaft eine neue Bestätigung über die Schuld der Sozialdemokratie an dem ruchlosen 500-Millionen-Raub in der Krankenversicherung. Am Dienstag, dem 2. September, tagte im Gewerkschaftshaus die Funktionärkonferenz des ADGB. und der AfA.-Bund. Der sozialdemokratische Funktionär Bauer erklärte in dieser Versammlung:

„Jetzt, wo die Verschlechterung da ist, schimpft man auf die Brüning-Regierung."

Er las dann aus den Leitsätzen des Krankenkassenverbandes, die von Helmut Lehmann stammen, folgende verschiedene Sätze vor und erklärte:

„Helmut Lehmann ist der Vater der Verschlechterungen."

Bauer wies ferner darauf hin, daß die SPD.-Fraktion die Kranken-Reform und damit dem Raubzug gegen die Kranken zugestimmt habe. Er verlangte, daß die Funktionäre Helmut Lehmann das Mißtrauen aussprechen sollen, und daß er vom Platz verschwinden müsse. Der Redner Siegel behauptete, Lehmann habe seine arbeiterfeindlichen Leitsätze nur als „Person" geschrieben. Man könne Lehmann nicht absetzen, er auch von den Unternehmern in den Krankenkassenvorstand gewählt sei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300904-15/fragment/page=0002

Ungarisches Proletariat steht auf

Ein Wendepunkt im ungarischen Klassenkampf

Vom Zentralkomitee der KP. Ungarns wird uns geschrieben:

Der Sozialfaschismus plante am 1. September einen friedlichen Spaziergang, nach dem Rezept des 1. Mai, um der Erregung der Arbeitermassen ein Ventil zu schaffen —, aber aus dem 1. September wurde ein Tag der Straßenkämpfe und Barrikaden. Das Blut von mehreren Toten und von hunderten Verwundeten weihte diesen Tag zu einem Wendepunkt im Klassenkampf des ungarischen Proletariats.

Peyer, Generalsekretär des sozialfaschistischen Gewerkschaftsamtes und Minister im Gajgenkabinett nach dem Sturze des proletarischen Diktatur, und sein Kumpan Garami mußten am 1. September den Bankrott ihrer Prophezeiung und Hoffnungen hören, denn die Massen machten keinen Unterschied zwischen der schießenden Polizei und den sozialfaschistischen Führern, die die gewaltige Bewegung der Massen um jeden Preis in ein „friedliches" Bett zurückzuleiten versuchten. Diese beiden Agenten des Sozialfaschismus wurden von revolutionären Arbeitern blutig geprügelt und die Polizei mußte von Arbeiterhänden entreißen.

Dies war ein Symbol! Es drückte sich darin am augenscheinlichsten die Tatsache aus, daß die Massen der revolutionären Parole der KPU. gefolgt sind und unter Führung den geplanten „stillen Spaziergang", das „linke" Manöver in einen revolutionären Massenkampf verwandelten.

Wie kam es zu diesen gewaltigen Massenkämpfen, die die Budapester Straßen wieder durch die blutige Farbe der proletarischen Revolution gefärbt haben?

Anfang August beschlossen die hungernden Arbeitslosen Budapests, nach Budapest zu marschieren. Am selben Tage begannen die arbeitslosen Landarbeiter von Hodmezösavasarhely einen Hungermarsch nach der Hauptstadt. Diese revolutionäre Bewegung der Massen konnten noch die Sozialfaschisten im Bunde mit den Bajonetten des Faschismus unschädlich machen und in friedliche Deputationen zur Regierung umwandeln.

Über die revolutionäre Gärung war unaufhaltsam. Die KPU. rief die Arbeiter ganz Ungarns zu einem Hungermarsch am 1. November nach Budapest auf. Die erfolgreiche Kampfmobilisierung der Partei jagte den Sozialfaschisten eine panische Furcht ein, daß ihr Einfluß auf die Massen weitere Einbuße erleiden wird. Deswegen entschloß sich der sozialfaschistische Gewerkschaftsrat zu einem „linken" Manöver. Sie riefen zum 1. September die Losung eines Generalstreiks und einer Straßendemonstration aus. Nach dem Verbot dieser Demonstration forderten die Sozialfaschisten die Arbeiter auf, nicht ins Stadtwäldchen zu gehen und dort eine Minute in Schweigen zu verharren.

Die KPU. reagierte auf dieses Manöver sofort richtig und rief die Arbeiter zur Umwandlung der stummen Scheindemonstration des Sozialfaschismus in eine wirkliche, revolutionäre Kampfdemonstration auf, als Auftakt und Vorbereitung zu dem Hungermarsch am 1. November.

Die faschistische Bourgeoisie hat die Massenstimmung und den kommunistischen Einfluß richtig eingeschätzt, sie rüstet sich fieberhaft auf ein Blutbad vor. Sie wußte, daß die Massen nicht mehr mit sozialfaschistischen Versprechungen beisammen war und so verließ sie sich auf Kugeln und Bajonette. Budapest wurde Gendarmerie und Militär zusammengezogen, alle Mittel der Einschüchterung und des Terrors wurden in Anspruch genommen, um die Arbeiter durch die Drohung eines Blutbades von der Straße fernzuhalten.

Alles war vergebens! Das „linke" Manöver des Sozialfaschismus brach zusammen, die Arbeiter eroberten — trotz Maschinengewehren und Bajonetten trotzend — die Straße!

Die ungarische Kommunistische Partei hat es verstanden, an die Spitze dieser Massenaktion zu stellen und der spontanen Massenbewegung den richtigen revolutionären Weg zu weisen.

Ein neuer Abschnitt der Klassenkämpfe in Ungarn beginnt!

Der 1. September eröffnet den Weg zu neuen gewaltigen Klassenschlachten im Herbst und Winter des Krisenjahres 1930.

Die Kampfdemonstration des Budapester Proletariats

Aufmarsch der Massen zum Stadtwäldchen. — Polizeiangriff. —Das von den erregten Massen umgestürzte Auto des provozierenden Stadtverordneten Dr. Klar.

Sowjetfeinden das Handwerk gelegt!

Moskau, 3. September. (TASS.) Die Staatliche Politische Verwaltung verhaftete Kondratjeff, Gromann, Sadorin, Tschajanoff, Jurowski, Suchanoff, Makaroff, Ramsin, Basaroff u. a. als Teilnehmer bzw. Leiter konterrevolutionärer Organisationen, die den Sturz der Sowjetmacht und die Wiederaufrichtung der Gutsbesitzer- und Kapitalistenmacht anstrebten. Die Verhafteten gestanden ihre führende Rolle in konterrevolutionären Organisationen und ihre Verbindung mit Schädlingsorganisationen. Die Untersuchung dauert fort.

Kriegssignale!

Paris, 2. September. Die diesjährigen französischen Kriegsmanöver an der italienischen Grenze tragen einen ungewöhnlich ernsten Charakter.

Die französischen Soldaten werden bis aufs äußerste angespannt. Es gibt täglich nur insgesamt 6 Ruhestunden. Gestern erlitten 30 Soldaten eines einzigen Regiments beim Aufmarsch Hitzschläge und mußten ins Krankenhaus überführt werden, wo drei bereits gestorben sind.

Die bürgerliche französische Presse versieht jeden kleinsten Manöverlerfolg in den französischen Alpen mit einem triumphierenden Kommentar, der deutlich zeigt, daß sie die diesjährigen Manöver als eine Generalprobe für den kommenden Krieg betrachtet.

Zwei Regimenter „unzuverlässig"

Das tschechische Manövergebiet mit antimilitaristischen Aufrufen überschwemmt

Prag, 2. September. Bei den soeben abgeschlossenen mährischen Manövern war die antimilitaristische Agitation derartig erfolgreich, daß sich das Kommando gezwungen sah, das 31. Infanterieregiment „Arco" aus Iglau und noch ein Regiment, das bisher noch nicht festgestellt werden konnte, inmitten der Uebungen aus dem Manöver abzuberufen. Es wurde eine Reihe Soldaten, bei denen Flugblätter gefunden wurden, verhaftet.

Bereits beim Beginn der Manöver wurden tausende antimilitaristischer Flugblätter unter den Soldaten der Budweiser und Brünner Division verbreitet. Die Städte und Dörfer im Uebungsgelände zwischen Groß-Mezeritsch und Ojova-Bytyska waren ebenfalls von Flugblättern überschwemmt.

Verschärfte Lage in Argentinien

Rücktritt des Kriegsministers

Neuyork, 3. September. Die innerpolitische Lage in Argentinien ist weiter aufs schärfste gespannt. Aus Anlaß des Rücktritts des Kriegsministers General Dellepiane sagt man im allgemeinen den kurz bevorstehenden Sturz der Regierung Irigoyen voraus. Am Dienstag wurde eine Reihe hoher Offiziere verhaftet. Im Hafen von Buenos Aires sind zwei weitere Zerstörer eingetroffen, so daß dort insgesamt 11 Kriegsschiffe vor Anker liegen.

Paris, 2. September. In Nam Dano haben Tausende von Eingeborenen einen Sturm auf das Gefängnis unternommen und die bei den letzten Demonstrationen zum Sacco-Vanzetti-Tag verhafteten Indochinesen befreit.

Er bedeutet die Anwendung höherer Kampfmethoden und Formen in Massenmaße und vertieft die immer mehr heranreifende politische Krise der faschistischen Diktatur.

Das faschistische Ungarn erweist sich als eines der schwächsten Glieder der imperialistischen Kette, denn der Straßenkampf der Arbeiterschaft in Budapest wird ein revolutionäres Echo in den Dörfern unter den Millionen der hungernden Landarbeiter und armen Bauern finden.

Die Kämpfe in den Straßen der Hauptstadt sind noch nicht abgeschlossen. Nach dem 1. August, nach dem 1. September, wurde der Pulsschlag der revolutionären Entwicklung in Ungarn mächtig beschleunigt. Die KPU. steht auf ihrem Posten, sie wird sich der revolutionären Aufgaben würdig erweisen und führt den am 1. September begonnenen Kampf weiter, organisiert im ganzen Lande die Fortsetzung des 1. September: den revolutionären Hungermarsch am 1. November.

Copyright by Internationaler Arbeiterverlag, Berlin.

Fortsetzung

...Wer gibt mir eine Antwort auf diese qualenden Fragen, vor denen ich keine Ruhe finde? Ach, wenn Wasja da wäre, er würde mir helfen, diese Probleme zu lösen, die mich verfolgen. Oder vielleicht Anitschka, meine Frau, die ich vor Jahren verlassen habe? Ach, wann nimmt dieses furchtbare Leiden ein Ende!"

Das Artilleriefeuer setzte stärker ein. Die Nacht erzitterte unter dem Gedröhn. Vor ihm lag Kiew, die große Stadt Kiew in undurchdringlichem Dunkel.

Plötzlich kam der Befehl: „Angriff!"

Pankratoff kommandierte mit fester Stimme: „Vorwärts, marsch!"

Von drei Seiten stürmten die roten Kolonnen vorwärts und klammerten die Stadt wie mit einem eisernen Ring. Unablässig in langen Reihen Soldaten, in gebückter Stellung vorwärts suchend, durch schmale schmutzige Wege, die zur Stadt führen.

Pankratoff ging voraus. Die Wucht des Angriffs der roten Rotarmisten, die mit fast nackter Brust ins Feuer rannten, als ob sie zum Tanz ins Dorf wollten, riß ihn mit. Die Spannung war gehoben, jetzlich. Die Truppen, die auf Kiew zogen, wußten nicht, daß sie morgen abend oder spätestens morgen früh sich würden zurückziehen müssen. Sie wußten nur einmal, was mit ihnen geschehen würde, wo ihre Knochen bleiben würden, aber sie stürmten, bereit, für die Revolution ihr Leben zu opfern. Und er, Pankratoff? Er ging, weil er nicht bekommen hatte vorzugehen, weil er nicht den Mut hatte zu gestehen, daß er ein Provokateur sei.

„Was ist los?" schrie einer von hinten.

„Nichts, geht weiter!" befahl er leise.

Er selbst ging auch weiter. Bald erreichte seine Abteilung einige verstreut liegende Hütten, wo sie befehlsgemäß halten sollten.

Man befand sich in nächster Nähe der Stadt. Noch zwei- bis dreihundert Schritte und sie waren in den schmalen Straßen der Vorstadt. Noch eine halbe Stunde und er schritt an der Spitze einer Rotarmistenabteilung durch die Straßen von Kiew und sollte die Offiziere seiner Armee erschießen lassen.

Der Morgen begann zu grauen. Es wurde noch kälter. Panoff fröstelte. War es die Kälte oder seine innere Unruhe?

Wieder kam Befehl:

„Vorwärts! Im Laufschritt! In die Stadt hinein mit Hurra!"

An diesem stillen Frühmorgen nahm die Rote Armee Kiew im Sturm.

In derselben Nacht

Auch Grusdjew und Pascha schliefen nicht. Sie saßen bei einer kleinen Lampe und unterhielten sich mit leiser Stimme.

„Wer weiß, was morgen sein wird?"

„Es wird gelingen. Wir werden morgen die Ochrana besetzen und alles ausräumen."

„Wie sollen wir uns verhalten? Wollen wir hierbleiben?"

„Wir müssen abwarten. Es kommt darauf an, wie die Situation sein wird."

„Vor allem, wohin mit dem vielen Material?"

„Wir werden es dem Kommandierenden unserer Armee geben. Er soll es mit sich nehmen."

„Ich möchte nicht, daß Wanjutka hier länger bleibt. Er muß zu den Roten hinüber und dort endgültig bleiben," sagte Pascha seufzend.

„Das halte ich nicht für das Richtige. Wenn wir beide hier bleiben sollen, wird das Verschwinden von Wanjutka Verdacht erregen. Andrigens wirst du ohne ihn nicht leben können."

„Mir ist schon alles gleich. Mein Herz ist sowieso gebrochen ... Jetzt ist er wieder von Hause weg, und ich weiß nicht, wie es ihm ergeht. Drüben ist er doch bei den Unseren ... aber ich befürchte ..." Sie brach ab und legte ihren Kopf zerquält auf die Stuhllehne.

„Nein, das werde ich nicht ertragen ..."

„Was ist passiert, Pascha?" fragte Boris Michailowitsch weich.

Hier geht etwas ganz Ungewöhnliches vor ... Boris Michailowitsch ... wer weiß, von wessen Hand mein Kind fallen wird ... Es ist etwas Furchtbares ... Schreckliches, Boris Michailowitsch ..."

„Und was ist denn geschehen?"

„Ich kann es kaum in Worte kleiden."

„Sprich, Pascha," munterte er sie auf.

„Vor einigen Tagen, als Wanjutka von drüben zurückkam, erzählte er mir in seiner kindlichen Art mit großer Begeisterung von einem gewissen Pankratoff, der ihn drüben immer empfängt und ihm für uns die Direktiven gibt ... Ich befürchte ... ich befürchte, daß dort ein Spion sitzt ..."

„Was!?"

„Jawohl, ein Spion ... Und dieser Spion ist ..."

Tränen erstickten ihre Stimme.

„Wer, sprich!"

Sie brach in heftiges Weinen aus.

„Was ist los, sprich doch!"

Pascha stand auf und ging mit zitternden Füßen an die Kommode. Sie entnahm einer Schublade ein Album und legte es vor Grusdjew auf den Tisch. Dann ließ sie sich auf den Stuhl fallen.

„Jawohl, das kann nur er sein ... er."

„Wer? Sprich doch."

Sie klappte mechanisch den Deckel des Albums auf und wies auf eine Photographie.

„Das ist er."

„Was!?" Grusdjew sprang auf, „das ist dein ..."

„Ja ..." nickte Pascha. „Ich habe erfahren, daß er unter dem Namen Panoff in Kolchsals sibirischem Zentrum diente."

„Das müssen wir doch weitergeben ..." sagte Grusdjew und sah die Frau mitleidig an.

Es klingelte durchdringend. Beide sprangen auf, horchten hinaus und gingen dann an die Tür. Wanjutka stürmte atemlos herein. Sein Kosakenmantel war blutig.

„Was ist los?" fragten beide bestürzt.

„Ach nichts ... ich habe ihn erschossen ... in die Schläfe."

„Wen? Wer war es?"

„Chomjakoff."

„Was? Wieso denn?"

Wanjutka erzählte:

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300904-15/fragment/page=0003

Das „Mitteldeutsche Echo“ sucht den witzigsten Lese

Was denkt er?

Wir stellen **3 Fragen**

Die besten **5 Antworte**

werden prämiert

1. Preis: 25 Mk. 2. Preis: 10 Mk. 3.-5. Preis: je 5

in bar!

Am Freitag liest jeder „Mitteldeutsches Echo“

Aus dem Inhalt: Das Preisausschreiben des „Mitteldeutschen Echo“ — Echo der Woche — Bilderecho der Woche — Barrik in Budapest — Die Waffenfunde von Wiehe — Krieg bei den Nazis — Mordpläne im Wahlkampf — Notopfer der Kranken — Ist Blutschande? — Eine Weltmeisterschaft wird ausgetragen — Mehrere prominente proletarische Politiker äußern sich über die Wah

---

Volks-Feuerbestattungs-Verein Halle u. Umg. e. V.

Geschäftsstelle: Magdeburger Str. 46

Sonntag, den 7. September, vormittags 10 Uhr auf dem Gertraudenfriedhof

Besichtigung d. Krematoriums

Interessenten sind hierzu eingeladen

4485 Der Vorstand

Aus Heeresbeständen u. a.:

Militär-Dreiecktücher u. -Hosen	je 1.50
Militär-Schnürschuhe frisch belohlt	4.75
Militär-Stiefeln	4.75
Militär-Decken	1.85
Militär-Unterhosen und -Hemden	je 1.00
Militär-Unterhosen, neu	2.25
Militär-Decken, neu	3.50
Militär-Röcke, feldgrau	4.75
Militär-Tuchholen	3.75
Militär-Tuchhandschuhe	1.60
Militär-Schnürschuhe, Orig., neu	9.50
Militär-Tornister, mit Tragriemen	4.75
Trainingsanzüge mit Reißverschluß, gute Qualität	6.50
Rucksäcke	2.45
Wanderhemden	3.90
Windjacken	6.85

Versand nach außerhalb gegen Nachnahme. Umtausch gestattet

4471

Siegmund Schwarz G. m. b. H.

Filiale Halle a. S. Gr. Marktstr. 5

Mit 10 Mk. Anzahlung **Herrenanzüge** mit 5 Mk. Anzahlung **Damenmäntel Kleider** Wochenrate 2 Mk.

Klingler

Leipziger Straße 11 Eingang Saalberg

Aufsehenerregende Wunderheilung!

Unmögliches hat bei mir mein Ruf bekannte Herr E. Holle, Merseburg, Georgstr. 2, mit seiner bewährten Heilmethode in dem schwierigsten unheilbaren Fälle auch hier möglich gemacht!

Unser Sohn Karl, der vom achten Lebensjahre 6 Monate in einer Nervenheilanstalt lag, mit 9 Jahren ins Krüppelheim, 2½ Jahre vollständig gelähmt und krank lag, sodaß das Kind nur gefüttert werden mußte und sich nicht bewegen konnte, so wurde er nach freie vollständig unheilbar entlassen.

Nach monatelanger konsequenter Durchführung Herrn E. Holle's Verordnung ist unser liebes Kind geistig und körperlich dermaßen so hergestellt, daß es den klaren Verstand und allein essen und trinken kann. Für diese einzig dastehende wahre Hilfe und Heilung gebührt Herrn E. Holle als Wohltäter der Volksgesundheit tausendfachen herzlichen Dank u. größte Anerkennung, öffentlichen Dank Herrn E. Holle für seine Wunderheilung! 4470

Ammendorf, Freiligrathstr. 7

gez. Frau Anna Moch

Notariell beglaubigt

A. KUNZ

Halle a. d. S., Forsterstr. 48

empfiehlt sich zu Anfertigung feinster Herren-Anzüge

Umarbeiten und Reparaturen

Schmiedicke Werbe-Tage

von Freitag, den 29. August bis Sonnabend, den 6. September 1930

Beim Einkauf von 1 Mark an

1 Tafel Schokolade gratis!

Auf Kaffee außerdem die beliebten Gutscheine!

Schmiedicke Konfitüren

1314

Ueber 50 eig. Verkaufsstellen

Halle a. d. S.: Geiststraße 15 Steinweg 20a

Billige flottsingende Kanarienhähne

Wa. gereinigtes Futter für Wald- und Kanarienvögel, Goldfische, Warm- und Kaltwasserfische, Aquarien in allen Größen, Aquariensand, Pflanzen, Thermometer und die dazugehörigen Utensilien. Täglich frische Wasserflöhe, getrocknetes Fischfutter in verschieden. Arten. Laubfrösche, Laubfroschhäuschen, Draht-, Holz- und Messingkäfige, Vogelsand, Badehäuschen und verschiedene Vogelnäpfchen. Exotische Vögel. Meßenstiche

Carl Zeidler Nachf.

Inhaber: H. Zahle

Am Leipziger Turm

Aelteste Vogelfutter-Spezialhandlung am Platze

Besseres Licht ...

durch eine gute zuverlässige Fahrrad-Beleuchtung

Batterie-Lampe 3.70 2.50 **2.00**

Karbid-Lampe 5.00 4.00 **2.95**

Dynamo-Lampen, Bosch-Balco **14,00**

Alle Fahrradteile gut und preiswert

H. Prophete

Rannische Str. 15

---

3 Mark Wochenrate auf einen Anzug

Anzahlung 10 Mark

Paul Sommer

Leipziger Str. 14

1. Treppe

Wer jetzt Betten braucht, kauft außergewöhnlich billig!

Bis 9. September bieten meine

10 billigen Betten-Aussteuer-Tage

besonders beachtenswerte Preis- u. Qualitätsvorteile für

Metall- und Holz-Bettstellen, Kinder-Bettstellen, Patent- und Auflege-Matratzen, Chaiselongues, Bettchaiselongues

Federbetten, Inletts, Bettfedern, Stepp- und Daunendecken, Bettwäsche, Wolldecken, Diwandecken Sofas, Schränke, Schlafzimmer

Entgegenkommende Zahlungsbedingungen 4484

Nach auswärts Lieferung durch eigenes Auto ohne Transportbeschädigung

Bettenhaus Bruno Paris

Kl. Ulrichstr. 2 bis Domplatz 9, 3 Minuten vom Markt

Achtung! Achtung!

Der große, neue, gewaltige Russenfilm:

Der Mann, der das Gedächtnis verlor!

1315

nach dem jetzt in der UZ. erschienenen Roman, läuft ab heute **Donnerstag** täglich bis **Sonntag** im

UT. Lichtspiele Bitterfeld UT.

Die Presse sagt:

Geht hin — der Film ist es wert

Die Meisterschaft des stummen Films

Dazu das herrliche Beiprogramm

Spendet für die „Rote Hilfe“

Oeffentliche Steuermahnung

Diejenigen Steuerpflichtigen, die ihre Steuern noch nicht gezahlt haben, werden hierdurch aufgefordert, die im Monat September 1930 fälligen Steuern bis zum **15. September 1930** zuschlagfrei zu zahlen. Nach Ablauf dieses Tages werden die Steuerrückstände im Wege des Zwangsverfahrens eingezogen und können dann Zahlungen nur noch unter Hinzurechnung der Verzugszinsen und Einziehungsgebühren geleistet werden.

Gerbstedt, den 2. September 1930. 4475

Die Stadthauptkasse als Vollstreckungsbehörde.

Drucksachen

aller Art, für Private und Vereine, Organisationen usw. liefert schnellstens in ein- und mehrfarbiger Ausführung zu zeitgemäßen Preisen

Produktiv-Buchdruckerei, G.m.b.H., Halle a. S., Lerchenfeldstraße 14. Fernruf 22251. Verlangen Sie Preisoefferten oder den Besuch unserer Vertreter!

Jedes Kind

weiß es schon, bei H. Wiebach, Kleine Ulrichstraße 11-12, kauft man **Schuhe** gut und billig

4483

Ich habe mich am 1. September in **Weißenfels, Merseburger Str. 30** als

Arzt und Geburtshelf

1318 **niedergelassen**

Dr. med. Gerhard Geiß

Fernruf 1265

Sprechzeit: ½9—10 und 4—6 Uhr, außer Sonnabends nachm

Marktpreise in Halle am 4. Sept.

Obst und Gemüse:

Tafeläpfel	1 Pfd.	0,15—0,35 Mk.
Aepfel, Eß-	1 Pfd.	0,15—0,35 „
Mostäpfel	1 Pfd.	0,05—0,15 „
Kochäpfel	1 Std.	— „
Bananen	1 Std.	0,10—0,15 „
Birnen, Eß-	1 Pfd.	0,15—0,35 „
Heidelbeeren	1 Pfd.	— „
Johannisbeeren	1 Pfd.	— „
Himbeeren	1 Pfd.	— „
Tomaten	1 Pfd.	0,10—0,15 „
Weintrauben	1 Pfd.	0,35—0,55 „
Kirschen, saure	1 Pfd.	— „
Pfirsiche	1 Pfd.	0,35—0,50 „
Pflaumen	1 Pfd.	0,10—0,20 „
Stachelbeeren	1 Pfd.	— „
Bohnen, grüne	1 Pfd.	0,10—0,15 „
Bohnen, weiße	1 Pfd.	0,27—0,35 „
Gurken, Einl.	1 Pfd.	0,35 „
Gurken, Senf-	1 Glas	0,75—1,20 „
Gurken, Salat-	1 Std.	0,05—0,10 „
Gurken, Pfeffer-	1 Pfd.	0,50 „
Radieschen	1 Pfd.	0,15 „
Weißkohl	1 Pfd.	0,08 „
Wirsingkohl	1 Pfd.	0,10 „
Blumenkohl	1 Kopf	0,20—0,60 „
Rotkohl	1 Pfd.	0,10 „
Grünkohl	1 Pfd.	— „
Salat	1 Kopf	0,05—0,15 „
Spinat	1 Pfd.	0,05—0,08 „
Mohrrüben, neue	1 Pfd.	0,10 „
Rosenkohl	1 Pfd.	— „
Kohlrüben	1 Pfd.	0,10 „
Rote Rüben	1 Pfd.	0,10 „
Kohlrabi	1 Bdl.	0,05 „
Zwiebeln, neue	1 Pfd.	0,10 „
Schwarzwurzel	1 Pfd.	— „
Sellerie	1 Std.	0,10—0,30 „
Porree	1 Bdl.	0,10—0,30 „
Kürbis	1 Pfd.	0,10 „

Fische:

Kabeljau	1 Pfd.	— „
Schellfisch	1 Pfd.	— „
Aal, frisch	1 Pfd.	2,50 „
Aal, geräuchert	1 Pfd.	4,00 „
Seelachs	1 Pfd.	1,00 „
Hechte	1 Pfd.	2,00 „
Weißfisch	1 Pfd.	0,60 „
Heringe, Schoten	1 Std.	0,10 „
Bücklinge	1 Pfd.	0,60 „
Schellfisch, ger.	1 Pfd.	0,60 „
Seelachs, ger.	1 Pfd.	0,60 „

Wild und Geflügel:

Enten (Wild-)	1 Pfd.	1,20 „
Gänse	1 Pfd.	1,20 „
Hühner	1 Pfd.	0,90 „
Tauben	1 Std.	0,80 „
Junge Hähne	1 Pfd.	1,20 „
Kleine Enten	1 Std.	— „
Kleine Küken	1 Std.	0,60 „
Rehfleisch	1 Pfd.	0,80 „
Hirschfleisch	1 Pfd.	1,20 „
Kaninchen, Stück-	1 Pfd.	1,20 „
Kaninchen, wild	1 Std.	1,00 „
Enten, wild	1 Std.	— „
Fasanen	1 Std.	— „

Gemüse:

Butter, Molkerei-	1 Std.	1,90 „
Butter, Bauern-	1 Pfd.	1,80 „
Quark	1 Std.	0,20 „
Käse	1 Std.	0,60 „
Pflaumenmus	1 Pfd.	0,40 „
Kartoffeln	50 Pfd.	— „
Kartoff., Rieten	10 Pfd.	— „
Eier	1 Std.	0,18 „
Zitronen	1 Std.	0,20 „
Meerrettich	1 Std.	0,20 „
Rettich	1 Std.	0,10 „
Petersilie	1 Std.	— „
Schnittlauch	1 Pfd.	— „
Schoten	1 Pfd.	— „

Pilze:

Champignons	1 Pfd.	0,80 „
Pfifferlinge	1 Pfd.	0,80 „
Steinpilze	1 Pfd.	0,80 „
Grünlinge	1 Pfd.	— „

Fleisch- und Wurstwaren:

Je Pfund:

Rindfleisch:	
Kochfleisch	0,90—1,10 „
Bratenfleisch	1,20—1,40 „
Kalbfleisch:	
Kochfleisch	1,00—1,10 „
Bratenfleisch	1,20—1,40 „
Hammelfleisch:	
Kochfleisch	0,90—1,10 „
Bratenfleisch	1,20—1,40 „
Schweinefleisch:	
Kamm und Koteletten	1,30—1,40 „
Bauch und fettes Fleisch	0,90—1,10 „
Gefrierfleisch	— „
Ziegenfleisch	0,80 „
Rehfleisch	0,80 „

Wurstwaren:

Schlachtwurst	1,40 „
Kochwurst	1,40 „
Schwartenwurst	0,80 „
Rotwurst, frisch	0,80 „
Rotwurst, geräuchert	1,20 „
Leberwurst, frisch	0,80 „
Leberwurst, geräuchert	1,20 „
Schinken, roh	1,40 „
Schinken, gekocht	1,40 „
Speck, fett, geräuchert	1,20 „
Speck, mager, geräuchert	1,40 „
Hervelatwurst	— „

Städt. Freibank: Rindfleisch, Pfd. 0,70. Schweinefleisch Pfd.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300904-15/fragment/page=0004

Unternehmervorstöße im Bockwitzer Ländchen

Organisiert den Kampf gegen Lohnraub und Massenentlassungen unter Führung der RGO.
Alle Arbeiterstimmen der Liste 4

Lohnabbau in den Lauchhammer-Werken

A. In den Lauchhammer-Werken wird, wie in anderen Betrieben, ein brutaler, systematischer Lohnabbau durchgeführt. Dabei wird mit den brutalsten Mitteln vorgegangen. Im Eisenbau z. B. wurden erst Massenentlassungen durchgeführt und kurz darauf andere Arbeiter wieder eingestellt. Die neu eingestellten Kollegen erhielten aber einen niedrigeren Lohn als jene, die entlassen waren.

Unter anstrengendsten Schufterei verdienen die Arbeiter im Eisenbau im Akkord durchschnittlich 69,5 Pfennig in der Stunde.

Eine Woche vergeht, ohne daß es zu Differenzen zwischen Arbeitern und den Meistern und Ingenieuren wegen der Akkordsätze kommt. Heute laufen auch eine viel größere Anzahl von Arbeitern im Betrieb herum. Der ehemalige Sozialdemokrat Schmidt bemüht sich ganz besonders eifrig, die Arbeiter zu noch größerer Mäßlerei anzutreiben.

Die Gewinne der Aktionäre wachsen ins Märchenhafte und wir Arbeiter müssen immer schwerer schuften. Mit den Massenentlassungen glaubt die Betriebsleitung die Belegschaft einschüchtern zu können, um den fortgesetzten Lohnraub ungestört vollenden zu können.

Die Gewerkschaftsbürokratie und auch die sozialdemokratischen Betriebsräte berührt das nicht. Sie können gar keinen Kampf gegen die Unternehmervorstöße organisieren, weil sie es als ihre Hauptaufgabe erachten, den Wirtschaftsfrieden aufrechtzuerhalten. Der Tarif, der den abgeschlossene Tarif gibt den Unternehmern erst die Möglichkeit, die Lohnrauboffensive durchzuführen. Mit ihrer Begründung, nur in der Zeit einer Hochkonjunktur könnten Kämpfe geführt werden, versuchen sie den Kampfwillen der Arbeiter zu lähmen.

Doch die Lauchhammer-Proleten müssen erkennen, daß es keinen andern Weg gibt, als den Kampf. Nur so können die immer neuen Angriffe der Direktion zurückgewiesen und die berechtigten Forderungen der Belegschaft durchgesetzt werden. Dazu ist notwendig, daß die Belegschaft eine einheitliche geschlossene Front unter Führung der RGO. herstellt und mutig zur Gegenoffensive übergeht.

Die RGO. ist in der Lage und sie allein hat auch den ernsten Willen, die Arbeiterschaft im Kampf gegen Lohnabbau und Massenentlassungen zu führen. Sie richtet an die Belegschaft der Lauchhammer-Werke den Ruf, sich in den Betrieben feste RGO.-Gruppen zu bilden und so die Grundlage für die revolutionäre Einheitsfront zu bilden. In jeder Betriebsabteilung, in jeder Werkstatt müssen rote Vertrauensmänner gewählt werden, um die allerengste Fühlung zwischen der Gesamtbelegschaft und der RGO. herzustellen und eine revolutionäre Führung zu schaffen.

Lauchhammer-Proleten, duldet die Lohnrauboffensive nicht länger. Auch zur Wehr. Organisiert den Kampf. Bringt auch am 14. September zum Ausdruck, daß Ihr den Willen habt, gemeinsam mit der KPD. gegen die kapitalistische Ausbeutung für eine deutsche Sowjetrepublik zu kämpfen. Alle Arbeiterstimmen der Liste 4!

Ueberstunden und Feierschichten

Unhaltbare Zustände im Kraftwerk und in der Brikettfabrik

A. In den Abteilungen Kraftwerk und Brikettfabrik der Lauchhammer-Werke wurde den Arbeitern der Lohn gekürzt. Die Belegschaft hat zu dieser Zeit diesen Lohnraub mit der geschlossenen Aufnahme des Kampfes beantwortet. Die Kollegen haben zwar in der Tasche die Faust geballt, aber der Lohnraub kann nur durch den Streik abgewehrt werden.

Wenn die Belegschaft diesem ersten Angriff nicht sofort mit der Entschiedenheit entgegengetreten ist, geht die Direktion zu

immer neuen Vorstößen

über. Früher war auf den Stempelkarten der Lohn vermerkt. Heute werden diese Angaben nicht mehr auf der Stempelkarte gemacht, damit die Betriebsleitung die Lohnunterschiede zwischen den einzelnen Arbeitern durchführen kann, um die Belegschaft zu spalten und die Bildung einer geschlossenen Abwehrfront zu erschweren.

Auch die Ueberstundenwirtschaft reißt langsam wieder ein.

Göbecke und sein Adjutant, der Separatistenhäuptling Frank, sorgen dafür, daß

auf der einen Seite Ueberstunden geleistet werden müssen, während auf der anderen Feierschichten eingelegt werden.

Den Kollegen in der Brikettfabrik geht es noch schlechter. So kommt es oft vor, daß die Arbeiter

in der Woche ganze 25 Mark Lohn

erhalten. Bis jetzt hat noch nicht einmal eine Betriebsversammlung zu diesen Fragen Stellung genommen. Der Betriebsrat behauptet, er könne keine Versammlung einberufen, „weil die Kollegen blauderen und Pilze suchen gehen". Das ist eine lächerliche Ausrede, wo es hier doch um den Lohn, also um die lebenswichtigste Frage der Belegschaft überhaupt geht.

Für Neubauten und Umbauten haben die Unternehmer genug Geld. Das soll dann durch eine Kürzung der Hungerlöhne der Proleten wieder herausspringen. Auf Kosten der Arbeiter sollen alle Rationalisierungsmaßnahmen und Betriebserneuerungen durchgeführt werden, die dann eine noch brutalere Ausbeutung der Arbeitskraft ermöglichen und ein weiterer Teil der Belegschaft fliegt dann aufs Straßenpflaster.

Arbeiter, macht Schluß mit diesen Zuständen. Wehrt Euch energisch gegen den Lohnraub und gegen die Ueberstunden. Einheitlicher und geschlossener Kampf unter Führung der RGO. führt zum Siege!

Sozialdemokratische Unternehmerlakaien im Krankenkassenausschuß

A.-K. Für die Mitteldeutschen Stahlwerke besteht eine Betriebskrankenkasse. Der Name sagt alles: Der Proleten zahlt und der Unternehmer bestimmt, wie das Geld verwandt wird. — Dazu sitzen noch im Ausschuß und Vorstand in der Mehrheit so treue, sozialdemokratische, „tüchtige" Gewerkschaftsfridolins,

die sogar den Raubzug der Brüning-Regierung an den Kranken unterstützen.

Verdammt stolz sind sie, wenn sie mal

Auto fahren können, um Krankenkontrollbesuche durchzuführen.

Wehe dem, der geschnappt werden kann. — Und wenn kein Geld da ist, da

erhöht man schnell die Beiträge und baut ein Chefarzthaus,

obwohl die Betriebskrankenkasse über ihren Büroräumen Wohnräume genügend zur Verfügung hat.

„Vertrauensärzte braucht man auch, von wegen dem Wohlergehen der Kranken, daß ja nicht einer wieder zu zeitig arbeiten geht."

Wenn Faust, Direktor von Lauchhammer, auftragsgemäße Kürzungen der Mehrleistungen wünscht, kriegen sie wohl alle wieder mal Magendrücken, wie sie ihre Zustimmung den Proleten begreiflich machen sollen. Aber alle Verschlechterungen werden geschluckt.

Durch die Notverordnung der Regierung Brüning, Krankenkassenleistungen betreffend, deren Vater der Sozialdemokrat Wissell ist und als Pate der Sozialdemokrat Lehmann vom Verband der Krankenkassen fungiert hat, wird ein neuer Raubzug auf alle Krankenkassenmitglieder durchgeführt und auch die Vertreter in der Lauchhammerschen Betriebskrankenkasse, mit Ausnahme der wenigen oppositionellen Kollegen, helfen hier wieder feste mit, auch auszuquetschen.

Monatlich 30 bis 40 Betriebsunfälle

In einem Jahre zwei Millionen Mark Profit mehr

A. Alte, ergraute Proleten, denen man es ansieht, daß sie ein arbeitsreiches Leben hinter sich haben, können sich nur wundern, daß aus dem früheren ruhigen Lauchhammer-Betrieb ein Betrieb mit den raffiniertesten Arbeitsmethoden geworden ist.

In allen Abteilungen, ob Formerei, Schlosserei, Gießerei oder Dreherei,

herrscht Hetztempo, überall gesteigerte Antreiberei, und von Woche zu Woche weniger Lohn.

Im Lauchhammer mit einer Prämie von der Unfallberufsgenossenschaft ausgezeichnet wurde, sind es doch aufrüttelnde Zahlen,

monatlich 30 bis 40 Unfälle geschehen.

Der noch geltende Lohntarif, als Glanzstück ihrer „Verbandstreue" von den Gewerkschaftsbürokraten gepriesen, ermöglichte

dauernden Lohnreduzierungen.

Früher in diesen Abteilungen zu 100 Prozent organisierte Belegschaft hat auf Grund des fortgesetzten Verrats der verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionäre sich bedeutend losgelöst, weil sie noch nicht versteht, daß

nur ein harter, unerbittlicher Kampf gegen den Sozialfaschismus im Verband geführt werden muß.

Doch wie langsam bei vielen unserer Arbeitskollegen sich die Erkenntnis Bahn bricht, daß erfolgreiche Kämpfe um verbesserte Lohn- und Arbeitsbedingungen nur mit der geschlossenen Arbeiterfront der Organisierten und Unorganisierten, geführt werden muß, zeigen auch jetzt bei den Diskussionen über die Reichstagswahlen immer klarer der Wille hervor, endlich Schluß zu machen mit der kapitalistischen Unterdrückung und dem sozialistischen Verrat.

Wenn die Dividenden der Aktionäre der Mitteldeutschen Stahlwerke A.-G. ständig steigen, so sinkt das Lebensniveau der Belegschaft.

Im Jahre 1929 wurden 2 Millionen Mark Profit mehr als 1928 herausgepreßt.

Als nachfolgendes Beispiel soll das drastisch erläutert werden. Von den Mitteldeutschen Stahlwerken gehören sechs Werke mit 1500 Beschäftigten. — In Lauchhammer 1700, die im Jahre 1928 im Durchschnitt 51 Stunden, 1929 dagegen 48 Stunden pro Woche arbeiteten. Das ergibt für jeden Arbeiter im Durchschnitt 150 Stunden im Jahre weniger, insgesamt 255 000 Stunden weniger.

Trotzdem erhöhte Dividenden.

Doch diese Zahlen stimmen noch nicht, da aus allen Werken zusammen umgesetzt für 4000 Arbeiter eine kürzere Zeit in Frage kommt.

Die Wohnverhältnisse sind fürchterlich. Noch immer werfen die Baracken hohe Summen ab. Das Barackenlager an der Sallgaster Straße, Villenviertel genannt, allein rund

600 Mark im Monat.

Auf der anderen Seite pompöse Herrichtung von Beamtenwohnungen. Auch wenn sie alle drei Monate ihre Wohnung wechseln, ist die standesgemäße Renovierung „notwendig".

Nur schärfster Kampf kann auch in unserem Betrieb eine Besserung bringen.

Darum Schluß mit dieser Gesellschaft, seht nach der Sowjetunion! 14 Tage bis 4 Wochen Ferien für die Arbeiter, weitgehendster, immer mehr ausgebauter gesundheitlicher Schutz, Villen als Sanatorien. Das muß auch unser Ziel sein. Demonstriert Eure Kampfbereitschaft mit der Wahl der Liste 4!

Immer wieder Entlassungen

bei der Firma R. Reitz, Technisches Versandgeschäft GmbH., in Bad Liebenwerda

A.-K. Ab 1. September 1929 hat die Belegschaft der Firma Reitz nur noch fünf Tage in der Woche gearbeitet, also 40 Stunden. Nicht lange dauerte es, da wurden von der Belegschaft zirka 20 Mann entlassen, kaum 14 Tage danach wurden wieder welche entlassen und nur noch 37½ Stunden pro Woche gearbeitet.

Immer mehr Entlassungen wurden vorgenommen, Entlassungen ohne Ende. Jetzt werden nur noch 30 Stunden pro Woche gearbeitet, aber immer noch Entlassungen vorgenommen. Es heißt immer vor der Entlassung:

„Wenn Sie die Stunde für 12 Pfennig weniger arbeiten, dann können Sie bleiben.

Es kommt sogar vor, daß der Lohn

von 94 Pfennig auf 69 Pfennig, also um 25 Pfennig zurückgesetzt wird.

Wer sich den Lohnraub nicht gefallen läßt, fliegt auf die Straße. So sind

in einem Jahre fast 200 Arbeiter entlassen

worden. Ein Teil ließ sich auch den Lohnabbau gefallen. Daraus muß die Belegschaft erkennen, daß sie sich fester zusammenschließen und sich gegen die Unternehmervorstöße geschlossen zur Wehr setzen muß. Das mutige Abweisen der Zumutung, einem Lohnabbau zuzustimmen, durch einzelne Kollegen, hilft nicht viel, denn nur eine einheitliche und geschlossene Belegschaft ist gegenüber den Unternehmern eine Macht. Wenn sich aber einzelne Kollegen sogar mit dem Lohnraubdiktat abfinden, so ist das ein außerordentlich schwerer Fehler. Dadurch wird die Betriebsleitung zu immer brutaleren Vorstößen ermuntert.

Das muß die Belegschaft erkennen. Für die höheren Beamten hat doch die Firma auch die Mittel. Gehälter bis zu 1300 Mark monatlich zu zahlen. Ausgerechnet bei den Arbeitern sollen die Hungerlöhne noch gekürzt werden. Dulden das nicht länger. Schließt Euch unter der Führung der RGO. zusammen und organisiert den Kampf gegen die Massenentlassungen und den brutalen Lohnraub.

100 Angestellte entlassen

A.-K. Am 30. September wurden von den Mitteldeutschen Stahlwerken 100 Angestellte und Beamte entlassen. **Nachdem durch die Rationalisierungsmaßnahmen der Arbeiterschaft harte Schläge zugefügt wurden, bekommen jetzt die Angestellten und unteren Beamten die „Segnungen" der Young-Plan-Politik zu spüren.**

Das Unternehmertum geht planmäßig vor. Es richtet seine Angriffe nicht sofort gegen alle Werktätigen, weil damit die beste Vorbedingung für eine geschlossene Abwehrfront geschaffen würde. Aus den neuen Abbaumaßnahmen müssen die Angestellten erkennen, daß sie in die rote Front der Arbeiter gehören und Seite an Seite mit ihnen den Kampf gegen die Unternehmervorstöße führen müssen. Es ist leider eine Tatsache, daß bisher gerade ein Teil der Angestellten das zu seinem eigenen Schaden noch nicht erkannt hat. Doch die neuen Angriffe der Direktion müssen auch ihnen die Augen öffnen.

Angestellte! Reiht Euch ein in die rote Klassenfront! Auch für Euch gilt am 14. September die Parole: **Alle Stimmen der KPD., Liste 4!**

Die Mitglieder protestieren

A.-K. Eine am Freitag, dem 29. August, in Eilenburg tagende Mitgliederversammlung der Maler nahm u. a. auch Stellung zu der Bewilligung einer Million Verbandsgelder für Wahlzwecke der SPD.

Die Kollegen protestierten in ihrer Mehrheit gegen die Verschleuderung der Gelder der Mitglieder für die SPD.,

während auf der anderen Seite zur Führung wirtschaftlicher Kämpfe (siehe Mansfeld) nichts übrig ist.

Auch gegen die gehässige, gemeine Schreibweise der Verbandszeitungen,

die sich nur gegen die Opposition, gegen die KPD. und Sowjet-Rußland richtet und einzig und allein die verräterische SPD. mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln unterstützt, protestierte die Versammlung ganz energisch. Während man seinen politischen Gegnern gegenüber politische Neutralität mimt,

treibt die Gewerkschaftsbürokratie einseitige, sozialdemokratische Interessenpolitik.

Als seinerzeit der Malerzeitung ein Wahlflugblatt der KPD., das sich in der Hauptsache mit dem „berüchtigten" Lenker beschäftigte, beigelegt war, setzte man Himmel und Hölle in Bewegung und hätte am liebsten die Organisation zerschlagen.

Kollegen, die Stunde ist ernst, alle diese Taten zeigen Euch mit aller Deutlichkeit, wo die Gewerkschaftsbonzokratie hintreibt. Wendet Euch ab von ihrer arbeiterfeindlichen Politik, stärkt die Gewerkschaften, indem Ihr die Opposition unterstützt und am 14. September alle Stimmen der Liste 4, der Liste der KPD. gebt.

Bestelle ab ..... zum monatlichen Bezugspreise von 2,40 Mk. den

Klassenkampf

Ort: .....

Name: .....

Straße: .....

Aufnahmeschein

für KPD. oder KJVD.

Unterstreichen für welche Organisationen die Aufnahme gilt

Vor- u. Zuname .....

Wohnort u. Wohnung .....

Geboren am ..... in .....

Beruf .....

(Unterschrift)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300904-15/fragment/page=0005

Rund um den Erdball

Das ist kein Ausweg

Würger Hunger treibt sechsköpfige Familie in den Tod

Mann, Frau und 4 Kinder durch Gas vergiftet tot aufgefunden

Chemnitz, 3. September. Würger Hunger, der keine Mietkaserne im Zuchthaus Young-Deutschland ungeschoren läßt, hat am Dienstagabend in Oberfrohna bei Chemnitz wieder reiche Ernte gehalten. Hausbewohner wurden da plötzlich durch einen ungewöhnlich starken Gasgeruch alarmiert. Nach längerem Suchen entdeckte man in der Wohnung des Ehepaares Siecher eine entsetzliche Familientragödie.

In der Wohnung, deren Fenster und Türen sorgfältig verstopft waren, fand man den Ehemann, dessen Frau und die vier kleinen Kinder, von denen das älteste eben erst neun Jahre alt geworden war, auf dem Fußboden liegend tot auf. Vom Augenblick der Entdeckung dieses Familiendramas an gerechnet, mußte das „erlösende" Gas bereits eine halbe Stunde seine tödliche Wirkung getan haben.

Wie ergänzend bekannt wird, befand sich diese Familie bereits schon seit längerer Zeit in einer fürchterlichen Notlage.

Siecher beschäftigte sich mit dem Vertrieb von Zeitungen, wodurch wie bereits Unzählige durch den Kapitalismus germürbte Arbeiter verdiente.

In seiner namenlosen Verzweiflung griff er dann am Dienstag, er aber tatsächlich nicht das Salz auf da sBrot für seine Kinder beiter und Mittelständler, zum allerletzten Ausweg, also zum Gasschlauch.

Auch ein Ausweg — — aber nicht der richtige! Denn der zum Kampf gegen den Mörder Kapitalismus entschlossene Proletarier wird den Teufel tun und sich wie ein angeschossenes Wild im tiefsten Dickicht zum Sterben niederlegen!

Wenn schon gestorben sein muß, dann zuerst diese verruchte kapitalistische Ausbeutergesellschaft! Mit diesem Entschluß muß jeder Arbeiter am 14. September zur ersten vorläufigen Abrechnung an die Wahlurne treten.

Mordgeständnis eines Jugendlichen

Nachdem er ein Jahr unter falschem Namen gearbeitet hatte

Halle, 3. September. Bei der Polizei in Seyda im Kreise Schweinitz meldete sich der 17jährige Erwin Höft und beschuldigte sich, im vorigen Jahre bei Schneidemühl einen Mord verübt zu haben. Nach der Bluttat habe er den Namen eines Arbeitskollegen, dessen Ausweispapiere er gestohlen habe, angenommen. Unter dem falschen Namen hat Höft dann in der Umgebung Seydas als Knecht gearbeitet.

Ueberall imperialistische Kriegsvorbereitungen

Besonders charakteristisch für die ungeheure Kriegsspannung, in der alle kapitalistischen Länder zur Zeit fiebern, sind die diesjährigen Herbstmanöver der imperialistischen Armeen. So offenbart sich der scharfe französisch - italienische Gegensatz eindeutig in dem Manöver der französischen Armee, das dieses Jahr mit einem bisher noch nie dagewesenen Aufgebot von Truppen vor sich ging. In dem französisch - italienischen Grenzwinkel in den Alpen am Mont Cenis sind, wie unser Bild zeigt, auch starke Tankgeschwader eingesetzt worden.

Was soll mit dem Schmugglerkönig aus USA!

Neuyorker Polizei zeigt kein Interesse für Diamond

Deutsche Kriminal-Tollpatsche mischen sich in die Freundschaft zwischen amerikanischer Polizei und Verbrecher

Aachen, 3. September. Mit der Verhaftung des angeblichen amerikanischen Gentlemanverbrechers und Schmugglerkönigs Jack Diamond in Aachen scheinen sich unsere voreiligen Kriminaltolpatsche wieder einmal ganz gehörig blamiert zu haben. Die Neuyorker Kriminalpolizei hat nämlich statt des in Berlin und Aachen erwarteten Danktelegramms kurz und kaltschnäuzig getabelt, daß „hierorts absolut kein Interesse für Herrn Diamond bestehe."

Damit ist also klar ausgesprochen, was wir von allem Anfang vermuteten. Denn hätte die amerikanische Polizei wirklich ernsthaftes Interesse daran gehabt, diesen gerissenen Alkoholschmuggler in Nummer Sicher zu bringen, so wäre es ihr ein Leichtes gewesen, seine Reise ins Ausland zu verhindern. Reiste doch dieser „Gentleman" mit vollkommen einwandfreien Papieren und mit 15 000 Mark barem Geld nach Old Europa.

Entweder kann man nun folgern, daß die Neuyorker Polizei sich herzlich freute, wenigstens eine zeitlang diesen raffinierten Gauner los zu sein, oder, und das scheint uns wahrscheinlichst, ist Diamonds Freundschaft mit der amerikanischen Polizei so innig, daß sie ihn auch im Auslande vor Verfolgungen schützen möchte.

Wie dem nun aber auch sei, das eine steht jedenfalls fest, unsere deutschen Kriminal-Tolpatsche haben Jack Diamond in Nummer Sicher gebracht und wissen nun nicht, was sie mit ihm machen sollen. Ueberschrift: Es gibt keine intelligenteren Kriminalisten wie die Deutschen!

Explosionsunglück bei Krupp

Elf Arbeiter mehr oder weniger schwer verletzt

Essen, 3. September. In der Stahlgießerei der Kruppschen Werke in Essen erfolgte am Mittwochmorgen bei der Füllung einer Form eine folgenschwere Explosion, durch die ein Meister und zehn Arbeiter mehr oder weniger schwer verletzt wurden.

Bergwerksunglück in Oberschlesien

Zwei Kumpels durch ausströmende Gase vergiftet

Kattowitz, 3. September. Auf dem Richter-Schacht in Siemianowitz wurden zwei Bergleute, die in einer abgelegenen Strecke beschäftigt waren, durch ausströmende Brandgase vergiftet. Obwohl sofort Rettungsmaßnahmen eingeleitet wurden, gelang es nur, einen Bergmann ins Leben zurückzurufen, während bei dem anderen die Wiederbelebungsversuche keinen Erfolg hatten. Bei der Bergung der Verunglückten erlitten drei Mann der Belegschaft leichte Gasvergiftungen.

Das rote ABC

a

Damit ihr die alte Qual nicht spürt,
Wird christlicher Quatsch euch vorgeführt.
Dann lebt auch niemals der Qualm dabei
Aus der reformistischen Quacksalberei.
Man sieht sie an nahrhaften Quellen sitzen,
Wo die schwarzrotgoldenen Quasten blitzen.
Wer erwerbslos ist, wird aus dem Quartier geschmissen,
Weil die reichen Quallen Profit machen müssen.
Gebt ihnen die Quittung, die überall nisten!

Wählt Kommunisten!

Wir besorgen:

„Stimmen noch und noch"

In der Anzeigenplantage des „Oeffentlichen Anzeigers für Bad Kreuznach" vom 27. August d. J. fand einer unserer Leser inmitten von Kauf- und Verkaufsgesuchen für Latweg-Gemütze, frisch eingetroffene Bückinge, gut erhaltene Bettstellen, lammfromme Bernhardinerhunde, Einheirat in flott gehende Delikatesse-Geschäfte und inmitten einiger Geburts- und Todesnachrichten folgende kleine Anzeige, die wir wortwörtlich und ohne einen J-Punkt zu verändern, hiermit als Wahlbeitrag veröffentlichen:

Zum Wahltag

am 14. September besorgen **Stimmen** „Noch und noch" zum Höchstangebot. **Gleich welcher Partei.** Angebote unter 6202 an die Geschäftsstelle.

Wir können natürlich unmöglich beurteilen, ob sich hier ein Witzbold einen Scherz geleistet hat, oder ob tatsächlich gerissene Profitjäger auf diesem „nicht mehr ganz ungewöhnlichen Wege" einen wohlorganisierten Schlepperdienst für pleitegegangene bürgerliche Parteien durchführen wollen. Da aber in der kapitalistischen korrupten Gesellschaft nichts unmöglich ist, so sollte es uns nicht im geringsten wundern, wenn sich tatsächlich einige bürgerliche Parteien — wir denken hier besonders an die Giftgas-Partei, auch „Staatspartei" genannt — finden, die „Stimmen noch und noch" gegen Höchstangebot für schweren Mammon kaufen werden. Bei dem klassenbewußten Arbeiter wird jedoch auch diese vergoldete Leimrute nicht ziehen. Er wird diesen Herrschaften am 14. September antworten:

Nichts zu machen bei mir,
Ich wähle Liste 4!

1 Million

Die zweite Auflage der Broschüre „Für Brot und Freiheit" wird ausgeliefert. Nur wenige Tage sind bis zur Wahl. Jede Stunde muß ausgenutzt werden im Betrieb.

Für

„Brot und Freiheit"

auf dem Land. Für

„Brot und Freiheit"

in den Häuserblocks, überall die illustrierte Wahlzeitung der KPD., der beste rote Wahlhelfer. Unser Ziel:

Die zweite Million

verkaufte Exemplare muß erreicht werden. Werbt durch Massenvertrieb

„Für Brot und Freiheit",

für die Liste 4!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300904-15/fragment/page=0006

In jedem Betrieb der mitteldeutschen Chemie-, keramischen und Bergbau-Industrie müssen die Belegschaften zu den Konferenzen am 7. September in Halle Delegierte wählen!

Denn es gilt zu dem Tarifablauf Stellung zu nehmen und Kampfmaßnahmen zu beschließen, um Eure Forderungen zu verwirklichen

...97 — 10. Jahrg. 1. Beilage **Klassenkampf** Donnerstag, 4. September 1930

...RGO. ruft: Für Liste 4!

Bildet die rote Einheitsfront gegen die Lohnräuber!

...rbeiter! Arbeiterinnen! Gewerkschaftler!

...14. September ist Reichstagswahl. An diesem Tage ...ber revolutionäre Arbeiter seinen Willen bekunden zum ... gegen die Kapitalisten und ihre offenen und verkappten ...

...Wirtschafts- und Herrschaftswesen der deutschen Bourgeoisie steht vor seinem vollständigen Bankrott.

...Lohnraub, Massenentlassungen und Feierschichten für die ...rbeiter, durch Unterstützungsraub an den Millionenmassen ...erwerbslosen, durch neue Massenverbrauchssteuern und Wucher- ... durch faschistische Unterdrückungsmethoden, versucht die ...ie Bourgeoisie noch einmal, ihre Macht auf Kosten aller ...tigen zu sichern.

...er schon entwickelt sich unter Führung der RGO. eine machtvolle Gegenoffensive der Arbeiter

...die unerträglichen Ausbeutungs- und Raubmethoden der ...eoisie. Die von der RGO. organisierten Massenstreiks in ...ld und Nordwest, die zahlreichen Arbeiterstreiks gegen ...bau in allen Industriezweigen sind der Ausdruck des stän- **...Anwachsens des Kampfwillens** der bis aufs Blut ausge- ...n Arbeiter.

...diesen Kämpfen habt Ihr nicht nur die Kapitalisten, sondern ...re Agenten, die verräterischen Gewerkschafts- ...r christlicher, Hirsch-Dunckerscher und sozialdemokratischer ... gegen Euch. Hand in Hand mit den Faschisten, mit den ...Arbeitermördern und mit Hilfe des staatlichen Unter- ...gsapparates der Bourgeoisie haben sie Eure Streikkämpfe ...ingt.

...Sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer fordern Euch auch ...al wieder auf, der SPD. Eure Stimme zu geben.

...nen Gewerkschaftsgelder werden gegen Euren Willen für Unterstützung der korrupten SPD.-Kandidaten im Wahlkampf verschleudert.

...wird zugemutet, die Streikabwürger zu wählen, ...nd diktatorische Schiedssprüche Eure Streiks um Lohn ...Brot zerbrachen, Euch an langfristige Tarife zu Hun- ...löhnen fesselten und die streikenden Arbeiter mit dem ...nknüppel an die Arbeit prügeln ließen, die den Er- ...slosen die Unterstützungssätze beschnitten, den Abbau ...Sozialgesetze durchführten und der offenen Dik- ...r der § 48-Notverordnungen den Weg freigemacht haben.

...rbeiter! Arbeiterinnen! Gewerkschaftler!

...nnt und werdet nicht die Sozialfaschisten wählen, die Zer- ...mmer und Spalter Eurer Gewerkschaftsorganisationen. Keine ... Stimme der Partei der Polizeipräsidenten und des Arbeiter- ...tes vom 1. Mai 1929!

...Sozialfaschisten waren und sind die Zutreiber und Wegbe- ...er der drohenden faschistischen Diktatur, die die Bourgeoisie ...der Nazi-Partei als ausgehaltenen Partei der Schwer- ...e und des Bankkapitals nach den Wahlen ins Werk setzen

...Schärfster Kampf deshalb auch der braunen Mordpest,

...Mordbrecherkolonnen der Hitler-Partei, die sich unberechtigt ...Sozialistisch" nennt und die Arbeitsdienstpflicht, ...Zwangsarbeit, für Euch einführen will. Schärfsten Kampf den Nazi- ...n, die vorgeben, „national" zu sein und als Minister die ...ugen Massen im Interesse des Young-Kapitals, wie ...ungen, ausplündern.

...den bevorstehenden Wirtschaftskämpfen um Lohn und Brot ...n alle arbeiterfeindlichen Kräfte, sowohl die Sozialdemo- ...ten als auch die Nazi-Faschisten, mit allen Kräften bemüht sein, ...Streiks durch Anwendung des Gummiknüppels, der Mord- ... und des Streikbruchs, im Interesse der eigenen und der ...ationalen Bourgeoisie niederzuschlagen.

...Reichstagswahlkampf ist für die revolutionären ...ein Mittel zur

außerparlamentarischen Mobilisierung der Massen

...Die Ausbeuter. Der Lohnraub geht weiter, wenn die ...nicht in revolutionärer Einheitsfront den ...um ihre Forderungen aufnehmen.

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die unter Führung ...PD. als einzige Kraft die Einheitsfront der Arbeiter gegen ...Lohnräuber und ihre Helfershelfer zum Kampf um Lohn und ...menschlichkeit, ruft Euch auf, den Wahlkampf zur Orga- ...ung der Wirtschaftskämpfe auszunutzen.

In allen Betrieben fest organisierte Betriebsgruppen der RGO.!

...Euch ein revolutionäres Vertrauensmänner- ...m in jedem Betrieb!

Wählt vorbereitende Kampfausschüsse, organisiert den Streik gegen den Lohnraub für die Forderungen der Arbeiter: Siebenstundentag und Lohnausgleich, Lohnerhöhung und gleichen Lohn für gleiche Arbeit!

Rüstet zum politischen Massenstreik gegen die § 48-Steuern, gegen die drohende faschistische Diktatur!

Es gibt nur eine Partei, die eng verbunden mit den Betrieben und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, rücksichtslos für die Interessen der Arbeiterklasse eintritt, die Wirtschaftskämpfe der Arbeiter unterstützt, den revolutionären Befreiungskampf des Proletariats organisiert und führt.

Das ist die einzige Arbeiterpartei, die Kommunistische Partei!

Revolutionäre Gewerkschaftler! Unterstützt mit aller Kraft den roten Wahlkampf, helft bei der Organisation **roter Wahlausschüsse** und der **roten Wahlhelfer**, klärt Eure Arbeitskollegen in Betrieb und Stempelstelle auf, zeigt ihnen den Weg des revolutionären Klassenkampfes.

Der Reichstagswahlkampf muß der Verstärkung der revolutionären Einheitsfront des Proletariats dienen!

Nieder mit den sozialfaschistischen Spaltern und Streikbruchorganisatoren!

Nieder mit den faschistischen Unternehmerknechten und Arbeitermördern!

Nieder mit der Bürgerblockdiktatur und ihrem Steuerraub!

Es lebe die revolutionäre Einheitsfront der Arbeiter!

Es lebe der revolutionäre Kampf um Lohn und Brot, um ein freies Sowjet-Deutschland!

Die Werktätigen, Arbeiter, Angestellten und Beamten, die kämpfen wollen gegen das mörderische kapitalistische System, gegen sozialfaschistischen Verrat und den nationalsozialistischen Terror, müssen am 14. September rot wählen:

Kommunistische Partei, Liste 4!

Eisenbahner, Angestellte, Beamte!

Am Freitag, dem 5. September, findet im „Volkspark" in Halle eine öffentliche Eisenbahnerversammlung statt. Wir laden alle Eisenbahner restlos ein.

Um Arbeit und Brot!

Der Bezirkskongreß der Erwerbslosen ruft zu Massendemonstrationen am Reichs-Erwerbslosentag, dem 10. September

Halle, 4. September.

Gestern tagte in Halle der Bezirks-Erwerbslosenkongreß für Mitteldeutschland. Der Genosse Evers vom Reichsausschuß, der Genosse Dolgner vom Bezirkskomitee der RGO. und der Genosse Balduaf vom Bezirks-Erwerbslosenausschuß schilderten in ihren mit Beifall aufgenommenen Referaten die politische und wirtschaftliche Lage und zeigten den Weg auf, wie die Organisierung des Massenkampfes gegen die Ausplünderung der Werktätigen durchgeführt werden muß. Nach eingehender Diskussion wurde eine Entschließung einstimmig gefaßt, die den Aufruf des Reichs-Erwerbslosenausschusses zu Massendemonstrationen am 10. September begründet, die wir an anderer Stelle wiedergeben.

Für die nächsten praktischen Arbeiten bis zum 1. Oktober wurden folgende Ziele gesteckt:

1. Steigerung der ständigen Leserzahl der Zeitung „Der Arbeitslose" auf 20 000.

2. Wahl von 50 weiteren Erwerbslosenausschüssen in Orten Mitteldeutschlands, wo noch keine bestehen.

3. In Verbindung mit den in den Betrieben stehenden Arbeitern Organisierung von 50 Betriebswehren.

4. Durchführung von vier Erwerbslosenversammlungen bis zum 1. Oktober für jeden Nachweis und für jede Stempelstelle.

5. Vertrieb von 50 000 Kampffondsmarken.

6. Bildung von 100 Aktivgruppen zur Steigerung der Massenpropaganda und zur organisatorischen Befestigung der Erwerbslosenbewegung.

Der Erwerbslosenausschuß Ammendorf forderte schon im Verlauf der Konferenz den Ausschuß von Merseburg zu einem revolutionären Wettbewerb über die Durchführung der Aufgaben im Rahmen dieser gesteckten Ziele heraus.

Der Bezirkserwerbslosenausschuß wird den einzelnen örtlichen Ausschüssen mitteilen, welches Ziel für jeden in Frage kommt. Er übernimmt auch die Vermittlung und die Ueberwachung der Durchführung weiterer revolutionärer Wettbewerbe.

Die Konferenz war in Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tagesordnung und der sich immer mehr verschärfenden Situation nicht zahlreich genug besucht. Trotzdem gestaltete sie sich zu einer wertvollen Arbeitskonferenz, die jedem Delegierten wichtiges Material für die praktische Tagesarbeit vermittelte.

In der Diskussion wurden Beispiele von guten Erfolgen angeführt und auch eine ernste Kritik an der geleisteten Arbeit geübt. Ein Delegierter berichtete, daß bei einem Streik in der Ziegelei Altranstädt die gesamte Belegschaft entlassen wurde.

Die Erwerbslosen haben die Sperre über den Betrieb verhängt,

weil die Firma Arbeiter nur für einen 10 Prozent niedrigeren Lohn einzustellen bereit ist. Diese Sperre wird mit eiserner Geschlossenheit durchgeführt. Kein einziger Erwerbsloser findet sich, der die Arbeit aufnimmt. Drei Millionen Steine liegen ungebrannt in dem Betrieb und sind dem Zerfall preisgegeben. Die entlassenen Belegschaftsmitglieder erhalten

sechs Wochen keine Unterstützung.

Eine Folge des von Wissell durchgeführten ersten Unterstützungsraubes. Die paar Streikbrecher, mit denen der Betrieb nicht aufrechterhalten werden konnte, haben dagegen sofort Unterstützung erhalten.

Neben der aktiven Unterstützung der Arbeiter in den Wirtschaftskämpfen, die besonders auch im Mansfeld-Streik zum Ausdruck gekommen ist, erfüllen die Erwerbslosen auch in dem jetzigen Wahlkampf ihre revolutionäre Pflicht. Dabei zeigt sich, daß die SPD. in allen Orten mit den brutalsten Mitteln gegen die Redner der Erwerbslosen vorgeht, wenn diese von der SPD. Rechenschaft über ihre Stellungnahme zu den Erwerbslosenfragen und dem Unterstützungsraub Wissells fordern. In Löbnitz wurde einem kommunistischen Diskussionsredner, der dem Sozialdemokraten Drescher, Halle, entgegentrat, das Wort entzogen. Einem anderen Erwerbslosen ließ die SPD.-Versammlungsleitung wegen eines Zwischenrufes von der Polizei aus dem Saale weisen.

Dem Nazi-Redner wurde dagegen verlängerte Redezeit gewährt.

In Wolfen wurden die Erwerbslosen, die an einer Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei teilnahmen, von dem herbeigerufenen Sipo-Kommando nach Waffen erfolglos durchsucht. Der Redner der Trustkapitalisten kam nicht zu Wort.

Die Versammlung wurde von den Erwerbslosen übernommen und war ein guter Erfolg für die Liste 4!

Die Aktivgruppe der Wolfener Erwerbslosen geht aufs Land und führt dort eine gute Massenpropaganda durch. In dem kleinen Ort Zschöpkau fand sie nuen Erwerbslose vor, von denen

sechs ausgesteuert sind und keinen Pfennig Unterstützung erhalten.

Dem einen Erwerbslosen wurde auf seinen Antrag auf Wohlfahrtsunterstützung mitgeteilt, daß er

erst dann Unterstützung erhalten könnte, wenn er eine Sicherheitshypothek von 2000 Mark auf seine Wohnhütte aufnehmen

und auf dem Wohlfahrtsamt hinterlegen wolle. Wenn der Erwerbslose also nicht dem Wohlfahrtsamt das von seinen Eltern ererbte Häuschen ausliefert, muß er mit seiner Familie verhungern.

Einige Jugenddelegierte nahmen besonders zu dem in Vorbereitung befindlichen Arbeitsdienstpflichtgesetz Stellung und sie wiesen besonders

auf den Internationalen Jugendtag am 7. September hin.

Nach kurzen, zusammenfassenden Schlußworten der Genossen Evers und Dolgner wurde die arbeitsreiche Konferenz geschlossen. Die Delegierten gelobten, mit ganzer Kraft daran zu arbeiten, die noch vorhandenen Mängel auszumerzen und mitzuhelfen, den Kampf gegen die kapitalistische Klassenherrschaft zu organisieren.

Auch am 14. September werden die Erwerbslosen durch die Wahl der Liste 4 ihre Kampfbereitschaft demonstrieren. Die Massenaufmärsche am 10. September sind der Auftakt für diese Kämpfe.

Berichtigung

Uns geht unter Berufung auf das Pressegesetz folgende „Berichtigung" zu:

1. Es ist unwahr, daß ich mich bei Vergebung von Bauarbeiten für den Bauunternehmer Schweigel, Weißenfels, warm eingesetzt habe. Mit Vergebung von Bauarbeiten habe ich als Angestellter des Deutschen Baugewerkschaftsbundes nie etwas zu tun.

2. Ich habe mich an angeblichen „Saufgelagen", die der Vergebung irgendwelcher Bauarbeiten vorangegangen sein sollen, nicht beteiligt, noch sind mir solche „Saufgelage" bekannt.

3. Der Maurer Schwarz, mit dem sich die Belegschaft bei seiner Arbeitsaufnahme auf der Baustelle auseinandergesetzt hat, ist nicht freigewerkschaftlich organisiert. Max Stephan.

Wir werden noch zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen. Was von dieser „Berichtigung" zu halten ist, geht aber schon daraus hervor, daß der Kollege Schwarz als „nicht freigewerkschaftlich organisiert" bezeichnet wird. Es wird aber verschwiegen, daß der Kollege von der sozialfaschistischen Bürokratie aus dem Verband ausgeschlossen wurde, weil er im Interesse der Arbeiterschaft seine proletarische Pflicht erfüllte.

...e SPD. für die Arbeitsdienstpflicht der Nazis!

...ell, die SPD. ist über die von den Nazis propagierte Arbeitsdienstpflicht begeistert und die sozialdemokratische „Bremer ...eitung" bringt das in folgenden Worten zum Ausdruck:

„Gewiß, es wäre sehr schön, wenn man den Arbeitsmarkt durch eine Herausnahme der jugendlichen Arbeitskräfte für außerarbeitsmarktliche Arbeit entlasten könnte. Es würde auch nicht schaden, wenn man dem schäumenden Kraftgefühl, das sich Tag für Tag und Nacht für Nacht in den Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten entlädt, fruchtbringende Betätigungsmöglichkeiten bieten würde."

...einige besondere Wünsche haben die Sozialimperialisten. In derselben Zeitung heißt es darüber weiter:

„Das erste Ziel müßte sein, daß sich die Arbeitsarmee zunächst selbst ernährt und versorgt. Hierfür wären ...ber genaue Berechnungen notwendig. Noch schwieriger ist die Lösung der Führerfrage. Eine deutsche Arbeitsarmee ... — wenn sie möglich ist — nur möglich unter Führung der Gewerkschaften."

...militärische Drill der Jungarbeiter soll also unter der Fuchtel der Sozialfaschisten vor sich gehen. Die ...verlangen, daß die „Ausbildung" der deutschen Arbeitsarmee unter ihrer Führung erfolgt. Das ist der ganze ...chied. Sonst sind sich Nazis und Sozialfaschisten aber darüber einig, daß die Arbeiterjugend mit ...ischer Verhetzung zum Krieg gegen die Sowjetunion reif gemacht werden soll.

...gearbeiter, gebt den Sozialfaschisten und Nazis am 14. September die Antwort: Alle ...nder KPD.!

...beiter und -arbeiterinnen, marschiert am 7. September unter Führung des KJVD zum Internationalen Jugendtag auf!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300904-15/fragment/page=0007

DAS WERKTÄTIGE HALLE 4 WÄHLT KPD. LISTE

Donnerstag, 4. September 1930.

„Vor den Wahlen Handgeschüttel . .“

„In Berlin wurden vor den Mai-Wahlen des Jahres 1928 von der Sozialdemokratie 500 000 Stück Seife gratis an die Arbeiterfrauen abgegeben. Auf diesem Stückchen Seife standen Verse, wie zum Beispiel dieser:

Dieses kleine Seifenstück
zeigt den Weg zu Eurem Glück.
Darum zur Reichstagswahl im Mai
wählt die SPD.-Partei!

Mit diesem Schaum wollte man die Massen einseifen. Sie sind von der SPD. eingeseift worden. Auch die übrigen bürgerlichen Parteien haben die werktätigen Massen mit ihren Versprechungen belogen und betrogen. Ich denke dabei an folgenden Vers:

Vor den Wahlen Handgeschüttel,
Arm in Arm mit dem Arbeitskittel.
Nach den Wahlen, ach, wie bald,
Arme steif und Mienen kalt.

Heute erleben wir wieder dasselbe. Alle bürgerlichen Parteien und auch die Sozialdemokratie machen wieder viele Versprechungen.

Die Kommunistische Partei, sie kann Euch nur versprechen, die Partei des werktätigen Volkes zu sein und zu bleiben, inner- und außerhalb des Parlamentes Eure Interessen aufs schärfste zu versechten. Die Partei zu sein, die auf ihre Fahne geschrieben hat, daß es im kapitalistischen System kein Hineinwachsen in den Sozialismus gibt, sondern daß nur durch den Sieg der proletarischen Revolution dieses korrupte System vernichtet werden kann.“

Diese Ausführungen machte der Genosse Ernst Thälmann vor einigen Wochen in einer von vielen Tausenden besuchten Wählerversammlung in Hamburg. Ueberall, wo der Genosse Thälmann, der Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands, spricht, sind die Versammlungen überfüllt. Parallelversammlungen müssen abgehalten werden, um möglichst allen Arbeitern Gelegenheit zu geben, den Genossen Thälmann zu hören. Am Sonnabend, dem 6. September, spricht

Ernst Thälmann in Halle

Auch in Halle ist für eine Parallelversammlung Sorge getragen.

Unerhörte Uebergriffe der Polizei

gegen kommunistische Wahlpropaganda — Nun erst recht: Transparente heraus!

Wie uns mitgeteilt wird, haben in den letzten Tagen einige Polizeibeamte an Arbeiter, die an ihrem Haus einfache Tuchtransparente mit den Losungen der Kommunistischen Partei zur Wahl der Liste 4 angebracht haben, die Aufforderung gerichtet, die Transparente zu beseitigen, andernfalls die Betreffenden bestraft werden würden. Dieses Vorgehen der Polizei stellt eine nichtswürdige und schikanöse Handlungsweise gegen revolutionäre Arbeiter dar, die den Wahlkampf der Kommunistischen Partei unterstützen. Wir haben uns sofort mit dem Polizeipräsidium und der städtischen Baupolizei in Verbindung gesetzt und gegen dieses Vorgehen Protest eingelegt. Unsere Feststellungen haben ergeben, daß weder vom Polizeipräsidium noch von der städtischen Baupolizei irgendeine Anweisung herausgegeben worden ist, die die Beseitigung solcher Tuchtransparente von den Häuserfronten verlangt. Dem Genossen Böchen wurde als Vertreter der Kommunistischen Partei erklärt, daß auch für die Zukunft solche Maßnamen nicht beabsichtigt seien.

Das Anbringen von Tuchtransparenten bedarf also keinerlei baupolizeilicher Genehmigung und ist nicht mit Unkosten verbunden.

Daß sich trotzdem einzelne Polizeibeamte das Recht herausnehmen, Arbeiter unter Androhung von Strafen aufzufordern, solche Transparente zu entfernen, ist ein Skandal und stellt eine absolut eigenmächtige und unstatthafte Behinderung des Wahlkampfes der Kommunistischen Partei dar. Wir erinnern nur an die Tatsache, daß die Nazis schon vor Wochen Tuchtransparente an ihrem Hauptquartier in der Geiststraße angebracht haben. Kein Polizeibeamter hat dagegen etwas einzuwenden. Nationalsozialisten können nachts in aller Ruhe und Gemütlichkeit die Häuser beschmieren und die Plakatsäulen überkleben. Kein Polizeibeamter stört sie bei dieser Arbeit.

Die Arbeiter werden sich durch ein derartiges Vorgehen einiger Ordnungshüter, die anscheinend zu den Faschisten sehr gute Beziehungen haben, nicht davon abschrecken lassen, nun erst recht mit allen Mitteln die Propaganda für die Liste 4 zu entfalten.

Ueberall gilt es jetzt, Transparente und rote Fahnen mit der Aufforderung, die Liste 4 zu wählen, in den Straßen anzubringen.

Werktätige von Halle, bringt an den Fenstern und Häuserfronten unsere Losungen und Parolen an. Ueberall muß den reaktionären Spießern und Faschisten die Parole in die Augen stechen: **„Wählt Liste 4!“**

„Generaldirektor“ Terhorst nimmt Reißaus“

Vom Geldschlucker zum Nadelschlucker

Der im Zusammenhang mit der Angelegenheit Helmstättenbaubund verhaftete Generaldirektor und Obergauner Terhorst ist anscheinend zu allem fähig. Vor etwa zehn Tagen hatte er im Gefängnis eine Nadel verschluckt. Da Lebensgefahr bestand, mußte er in die Chirurgische Klinik geschafft werden, wo eine Operation vorgenommen wurde. Hier ist er, wie erst jetzt bekannt wird, am 31. August entflohen.

Terhorst wurde Mitte April d. J. verhaftet. Seine Schwindeleien durch raffinierte Scheingründungen reichten weit über den Rahmen Mitteldeutschlands hinaus. Die Mitglieder des Helmstättenbaubundes wurden dadurch schwer geschädigt. Wie noch bekannt wird, ist Terhorst, der Anstaltskleidung trug, in Zivilkleidung entkommen, da er die Anstaltskleidung zurückgelassen hat. Man muß daher annehmen, daß er Helfershelfer gehabt hat.

Der Herr „Generaldirektor“ ist also verschwunden. Niemand weiß wohin. Seine Hinterlassenschaft besteht darin, daß der ewig unglückselige Heimstättenbaubund Verluste von 375 000 Mark aufzuweisen hat. Die abenteuerliche Flucht des Herrn Direktors läßt erkennen, daß Terhorst mit allen Wassern gewaschen ist. So gerissen, wie er sich der Untersuchungshaft entledigte, hat er auch den HBB. betrogen. Als der „Klassenkampf“ im Frühjahr des vorigen Jahres die Schweinereien im HBB. aufdeckte, kam der saubere Terhorst auf unsere Redaktion gestürzt und brachte sich vor „Entrüstung“ bald um. Damals drohte Terhorst, uns verklagen zu wollen, weil wir ihn auf seine schmutzigen Pfoten geklopft hatten. Wir sollten alles zurücknehmen, sonst würde aber was passieren,

meinte der Herr Generaldirektor. Nun, wir haben ihm eins gepfiffen und wie recht wir behielten, das zeigt sich heute.

Wer vor Schäden und Enttäuschungen bewahrt bleiben will, sollte lieber die Finger von solchen zweifelhaften Unternehmungen, wie der HBB., lassen. Der Fall Terhorst hat's zur Genüge bewiesen.

Halle, die Stadt der Sozialreaktion

Die Elends-Richtsätze in der öffentlichen Fürsorge — Bürgerblock und SPD. lehnten jede Hilfe für die Fürsorgeempfänger ab — Rentner und Invaliden, haltet am 14. September Abrechnung

In der letzten außerordentlichen Stadtverordnetensitzung in welcher die kommunistischen Anträge gegen die Einführung der Diktatursteuern in Halle vom Rathausbürgerblock einschließlich der Nazis abgewürgt wurden, gab der Stadtrat Dr. May eine Erklärung ab, daß der Magistrat im kommenden Winter auf dem Gebiete des Fürsorgewesens, vor allem der Wohlfahrtsfürsorge für die Erwerbslosen, alles tun werde, was irgendwie möglich sei. Wir haben schon damals erklärt, daß die werktätige Bevölkerung, insbesondere die Fürsorge-Empfänger, allen Grund haben, auf die trostreichen Worte des Herrn May und die Versprechungen des Magistrats nichts zu halten. Sie stellen lediglich Beruhigungspillen dar, um die Empörung und Erbitterung der werktätigen Massen vor den Reichstagswahlen etwas

Sonnabend, den 6. September, 20 Uhr

Ernst Thälmann in Halle, „Volkspark“

einzudämmen. Es ist deshalb angebracht, jetzt vor den Wahlen die Fürsorge-Empfänger noch einmal daran zu erinnern, daß

die Stadt Halle eine Stadt der schlimmsten Sozialreaktion ist und daß der Magistrat der Stadt Halle der reaktionärste Magistrat ist, den man sich denken kann.

Das zeigte sich auch schon während der letzten Etatberatungen im Frühjahr. Die Kommunisten hatten in der Stadtverordnetensitzung am 27. März bei der Beratung der Kapitel „Fürsorgeamt und Jugendamt“ einen Antrag eingereicht, der den Zweck verfolgte, die furchtbare Notlage der Fürsorge-Empfänger etwas zu mildern. Die Anträge der Kommunisten verlangten:

In den Richtsatz sind einzubeziehen die Ausgaben für Ernährung, Beleuchtung, Heizung und Kulturbedürfnisse. Für diesen Bedarf sind monatlich mindestens an Unterstützung zu zahlen: Einzelpersonen 60 Mark, Ehepaare 100 Mark. Zuschlag für Familienangehörige, die vom Unterstützungsempfänger unterhalten werden, 10 Mark. Weiterhin beantragten die Kommunisten, daß die Miete nicht in den Richtsatz einzubeziehen sei, sondern laufend entsprechend dem tatsächlichen Preis der Wohnung, bis zum Betrag von 300 Mark jährlich, von der Fürsorge zu tragen sei. Weiterhin Gewährung von freier Krankenhilfe für die Hilfsbedürftigen sowie die Forderung, daß die Leistung von Unterstützungen von der Rückerstattungspflicht nicht abhängig gemacht werde.

Diese Anträge wurden von der Bürgerblockmehrheit und den sozialdemokratischen Helfern des Bürgerblocks abgelehnt. Es für murden Hunderttausende für Polizei, reaktionäre Organisationen und sonstigen Plunder hinausgeworfen. Das reaktionäre Gesicht des hallischen Magistrats zeigt aber erst mit aller Deutlichkeit, wenn man die in Halle bestehenden

Richtsätze der öffentlichen Fürsorge

mit den Richtsätzen einer Reihe anderer Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern vergleicht. In den „Mitteilungen des Deutschen Städtetages“ vom 6. August 1930 werden diese Richtsätze, die am 1. Juli 1930 in solchen Städten bestanden, veröffentlicht. Wir wollen nur ein Beispiel herausgreifen, und zwar den Richtsatz der allgemeinen Fürsorge für eine alleinstehende Person.

Dieser Richtsatz beträgt in Halle sage und schreibe 36 Mark.

Wie sehen die Richtsätze nun in den anderen Städten mit über 25 000 Einwohnern aus? Nur einige Beispiele: In Leipzig 43,35 Mark, in Dresden 44,50 Mark, in Magdeburg [illegible] Mark, Chemnitz 49 Mark, in Kassel 42,85 Mark, in Plauen 52 Mark, in Mainz 56,33 Mark, in München 40 Mark, Frankfurt a. M. 60 Mark, in Düsseldorf 40 Mark, Hannover 43 Mark, in Oberhausen 42 Mark, in Köln 40 Mark, in Nürnberg 42 Mark, in Stuttgart 42 Mark.

Eine ganze Reihe der von uns hier angeführten Städte gewährt regelmäßige Mietsbeihilfen und laufende Sachleistungen. Halle gehört selbstverständlich zu den Städten, die weder Mietsbeihilfen noch Sachleistungen gewähren.

Das ist das Gesicht der Stadt Halle und ihres Magistrats, des willigen Werkzeug der Rathausbürgerblock und die SPD. Denn die Sozialdemokratische Partei hat in der uns bereits erwähnten Stadtverordnetensitzung am 27. März die Annahme des Hungerkapitels „Fürsorge- und Jugendamt“ gestimmt.

Fürsorgeempfänger, Rentner und Invaliden, prägt Euch diese Tatsachen recht gut ein! Erkennt, wo Eure wahren Feinde sitzen. Diejenigen, die Euch zu jenem unerträglichen Hungerdasein verurteilen, sitzen im Lager des Bürgerblocks, im Lager sämtlicher bürgerlicher Parteien, im Lager der Nationalsozialisten, im Lager der Sozialdemokraten.

Nur die Kommunistische Partei hat sich mit aller Schärfe und Entschiedenheit für Eure Interessen und Forderungen eingesetzt und wird dies ebenso in Zukunft tun. Am 14. September wählt nur Kommunisten!

Zwanzig und Langer flehen um „Rücksichtnahme“

Was sie alles „müssen“ und worauf sie in Wirklichkeit gewartet haben

„Die zwingenden Vorschriften dieser Notverordnung müssen von den Organen der Kasse in die Satzung aufgenommen werden. Verschlechterungen, die in dem entsprechenden Satzungsnachtrag enthalten sind, haben unter dem Zwange dieser Notverordnung beschlossen und eingeführt werden müssen. Unsere Angestellten wiederum müssen nach diesen sie zwingenden Bestimmungen unbedingt handeln. Wir bitten daher unsere Mitglieder, wenn nicht mehr alles das gewährt werden kann, was ihnen bisher zustand, sowie überhaupt im Verkehr mit uns und unseren Angestellten den Unwillen gegen die Durchführung der Verordnung nicht unseren Angestellten oder den Organen der Kasse entgelten zu lassen oder ihnen Schwierigkeiten zu bereiten.“

Diese Sätze sind dem vom Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Halle an die Mitglieder und deren Arbeitgeber am 28. August gerichteten Rundschreiben über die „Satzungsänderung auf Grund der Notverordnung vom 26. Juli 1930“ entnommen. Der deutschnationale Vorsitzende Zwanzig hat nach dem Befehl der Unternehmer dieses Rundschreiben herausgegeben. Zu einer Veröffentlichung in der Tagespresse langte der Mut nicht. In diesem Rundschreiben wird also die Verschärfung abgegeben, daß die Verschlechterungen unter dem Zwange der Notverordnung hätten eingeführt werden müssen. Ferner wird um Nachsicht gegenüber den Angestellten gebeten. Interessant sind die in diesem Rundschreiben enthaltenen Betonungen, daß der Vorstand die Verschlechterungen hätte einführen müssen. Nach unserer Kenntnis hat der Vorstand nicht gemußt, wohl aber haben Herr Zwanzig und seine Trabanten Langer und Lauschk schon lange die Notverordnung gewartet. Es ging ihnen niemals schnell genug. Und als eine Verzögerung durch die Reichstagsauflösung eintrat, war diesen Herren das sehr unangenehm. Schon damals waren die Langer und Lauschk auf der Suche nach Abbaumöglichkeiten. Insbesondere war ihnen die freie Heilmittelabgabe in den Eigeninstituten ein Dorn im Auge, wobei sie noch von dem Arbeitnehmervertreter Grübler aufgemuntert wurden. Aus alledem zwischen in Kraft getretene Notverordnung hat diese Sauberkeit Machenschaften gegenstandslos gemacht. Wenn nun die Kassenmitglieder um Rücksichtnahme gebeten werden, so ist dies zu betonen, daß die oben erwähnten Herrschaften Zwanzig, Langer und Lauschk usw. diese Rücksichtnahme keineswegs verdient haben. Das Rundschreiben behauptet dann noch dreist, daß die Verschlechterungen nicht nur Verschlechterungen, sondern auch Verbesserungen seien. Wir sind gespannt, wie der angekündigte IX. Satzungsnachtrag in Bezeichnung rechtfertigen will. Auf alle Fälle wird darüber zu reden sein.

„Mordgeständnis in der Trunkenheit“

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichten wir am Dienstag eine Notiz einer bürgerlichen Nachrichtenagentur. Wie wir nachträglich erfahren, entsprechen die in dieser Notiz enthaltenen Angaben nicht den Tatsachen. Nicht Paul Friedrich hat in Döllnitz in der Trunkenheit Andeutungen gemacht, die sich auf den Mord an dem Feldhüter Rosmislowski bezogen, sondern zwei Arbeiter, die ebenfalls davon wußten, haben in der Trunkenheit solche Andeutungen gemacht. Friedrich hat noch niemand betrunken gesehen, er steht in Döllnitz bei allen Arbeitern in gutem Ruf und hat also mit der Mordsache nicht das geringste zu tun.

Wahlhelfer des Stadtteils Westen!

Freitag, den 5. September, Wahlhelferzusammenkunft um 5/8 Uhr in der Produktiv. Alle Parteigenossen und Sympathisierenden sind eingeladen. Freitag und Sonnabend von 4 Uhr an im Agitationslokal Bendlin Wahlarbeit. Sonntag früh 8 Uhr steht alles auf dem Weingärtenplatz zur Landagitation.

Stadtteil Westen.

Heraus zum Internationalen Jugendtag!

Jungarbeiter, Jungarbeiterinnen, Jungwähler des Stadtteils Norden! Am kommenden Sonntag müßt Ihr alle zum Internationalen Jugendtag in Helbra aufmarschieren. Am Freitag, dem 5. September, findet eine außerordentliche Mitgliederversammlung des KJVD. um 20 Uhr bei Barth, Körnerstraße, statt. Alle Teilnehmer zum Internationalen Jugendtag haben sich dort zu melden. Auch sämtliche jungen Arbeitersportler melden sich dortselbst.

Mit Heil Moskau! Die Gruppenleitung.

Wie kann man bloß so dumm sein?

Der Gutsbesitzer Hubbe in Kaltenmark bei Lübeck erhielt vor einigen Wochen einen Drohbrief, in dem er aufgefordert wurde, an einer bestimmten Stelle 20 000 Mark zu hinterlegen, andernfalls es ihm ans Leben gehen sollte. Dem Brief folgte vor kurzem ein zweiter, worauf H. die Polizei benachrichtigte. Während Landjäger im Hinterhalt lagen, legte ein Angestellter das Geld abends an der bezeichneten Stelle nieder. Zwei Stunden später erschienen zwei Männer mit Rucksäcken und nahmen den Brief sich. Auf ein gegebenes Zeichen (Leuchtkugel) kamen die Landjäger aus ihrem Versteck hervor und nahmen die beiden fest. Bei eine von ihnen, dessen Handschrift mit der des Erpresserbriefes übereinstimmt, wurde nach Halle in Untersuchungshaft gebracht.

„Nicht hinauslehnen!“

In letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen Reisende aus den Fenstern der Eisenbahnwagen angebrachten Hinweisen, sich nicht hinauslehnen“ unbeachtet lassen und während der Fahrt Kopf und Arme ausbeugen oder die Arme zum Fenster hinausbalten. Hier sind wiederholt schwere, sogar tödliche Verletzungen eingetreten. Namentlich sind es jugendliche Personen, die auf diese Weise verunglücken. Eltern und Erzieher sollten keine Gelegenheit versäumen, auf die traurigen Folgen derartigen leichtsinnigen Verhaltens hinzuweisen.

Achtung, Wahlarbeiter des Stadtteils Süden

An alle Mitglieder der KPD., KJVD., Kh., Jug. und rote Wahlhelfer des Stadtteils Süden

Am Freitag, dem 5. September, 20 Uhr, in der Schultheiß-Klause Informationsabend. Stellungnahme zur Wahlarbeit am Sonnabend und Sonntag. Alle Genossen und Wahlhelfer sowie Sympathisierende müssen restlos erscheinen. Die erwerbslosen Genossen treffen sich bereits 14 Uhr an der Schultheiß-Klause.

KPD. Stadtteil Zentrum. Alle Mitglieder des Stadtteils, insbesondere das gewählte Wahlkomitee sowie die roten Wahlhelfer müssen sich am Donnerstag, dem 4. September, 20 Uhr, in der „Goldenen Kette“ zu einer wichtigen Aussprache einfinden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300904-15/fragment/page=0008

Eisenbahner, Heraus zur öffentlichen Wählerversammlung!

Freitag, dem 5. September, abends 8 Uhr, im „Volks-

Reichstagsabgeordneter Böschen über das Thema: vertritt die Interessen der Eisenbahner im Reichstag?

kommt in Massen!

Nazis als räusische Subjekte

Ein „Idyll" im Nazi-Café

Ich hatte in diesen Tagen Gelegenheit, in einem Nazi- am Hallmarkt einer Auseinandersetzung zwischen mehreren und einem Stahlhelmer beizuwohnen. Ein SA.-Mann der ein schmächtiges Bürschchen aus dem Kaufmannsstande, er einem strammen Stahlhelmer, von Beruf Zahnarzt, daß der des Stahlhelms, Duesterberg, ein „Speckpatriot" sei. erwiderte der Stahlhelmer daß er den Nazi-Mann wegen Beleidigung anklagen würde. Diesem Vorfall wohnten auch eine Reihe anderer Hakenkreuzler bei, die am Tische dieses Bummlers saßen und für ihn und Duesterberg Partei ergriffen. Es ging keineswegs aus Ueberzeugung, sondern lediglich aus Gewalt, weil der stramme Stahlhelmer für diese Vertreter des „Reiches" die Zeche bezahlte. So trinken also die Hitzköpfe ihre Gesinnung. Als sich der Wortwechsel immer zuspitzte, sprang plötzlich einer der wüstesten Schläger des genannt „Schorsch", auf und wollte seine eigenen „Parteiverprügeln.

der andere Nazimann der sich zu Duesterbergs Gegnern nur nicht müßig gehalten und hatte am anderen Tische für andere Leute die Zeche bezahlt, so daß sich am Ende zwei einer Gesinnung gegenüberstanden. Der Krach gegen berg — für Duesterberg ging weiter und dauerte so lange, Stahlhelmer schließlich die Zeche für die ganze Bande be- So endete der „Streit" dieser faschistischen Helden in einer einsamen Sauferei. Ueberflüssig, zu erwähnen, daß Mahe, wie der Alkoholkonsum der Nazis und Stahlhelmer auch ihr „Mut" zunahm.

diesen Tatsachen ersieht man, daß es bei den Nazis nur so zahlten Subjekten wimmelt, die für ein Glas Bier Alles zu haben sind. Das sind die wahren Mauthelden des „Reiches". Jeder ehrliche und klassenbewußte Arbeiter muß Partei, die von derartigen verlumpten und deklassierten Elementen durchsetzt ist, den Rücken kehren. Die Arbeiter gehören in die Kommunistische Partei und in die antifaschistischen Abwehrorganisationen!

der Volksfürsorge. Am Sonntag, dem 31. August, tagte im Volkspark eine gut besuchte Konferenz der Vertrauens- der Volksfürsorge" in der Rechnungsstelle Halle. Der ungsführer Meisel eröffnete die Konferenz und sprach den aus, daß auch diese Konferenz zur weiteren Schulung des ungskörpers und zum Aufstieg der Rechnungsstelle im Interdesamten werktätigen Bevölkerung beitragen möge. Darauf er dem Instruktor Deitrich, Hamburg, das Wort zu seinem „Die Wirtschaftskrise und Volksfürsorge." Nach der Dis- stellte der Rechnungsführer noch mit, daß trotz der schlechten Konjunktur und trotz des lang anhaltenden Streiks im Mans- Gebiet sich das Neugeschäft innerhalb der Rechnungsstelle im Monat August gehoben hätte und schloß mit einem nach- Appell, alles zu tun, um den Aufstieg des Gesamtunter- zu fördern.

erbt für den „Klassenkampf"

teressanter Briefwechsel der Geschäftsleitung des „Klassenkampf" mit dem Verwaltungsdirektor Langer von der ADK. Halle

Halle, den 29. Juli 1930.

An die Allgemeine Ortskrankenkasse Halle (Saale).

Der vergangenen Sonnabend wurde von der ADK. bei uns an- und Auskunft erbeten über den Verdienst unserer Trägerin Reichelt, Passendorf. Sie erhielten daraufhin den Bescheid, Frau Reichelt pro Monat zirka 20 Mark verdient. Hierauf Ihr Sprecher, daß sämtliche Trägerinnen, die unter 30 Mk. verdienen, von der Krankenkasse abgemeldet werden müßten und denselben es freigestellt sei, ob sie sich als freiwilliges und wieder versichern lassen wollen.

Es handelt sich um Mitteilung, wie eine solche Forderung, die ist die Gesetzesbestimmungen verstößt. Ihrerseits an uns gestellt zu haben. Nach Eingang Ihres Bescheides behalten wir uns auf diese Angelegenheit in unserem Organ zurückzukommen.

Achtungsvoll

Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH.

Kroh.

*

An die Ortskrankenkasse

Halle, den 1. August 1930.

An den Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH.,

Halle (Saale), Lerchenfeldstraße 14,

Auf Ihre Anfrage vom 10. 7. 1930 hin bestätigen wir unsere am 29. 7. 30 gegebene telephonische Auskunft. Wir bemerken noch- daß gemäß § 165 RVO nur eine Beschäftigung gegen Ent- versicherungspflicht ist. Nach der Praxis der Behörden und Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes werden jedoch im einzelnen Beziehe, die ein Drittel des Ortslohnes (§ 165 RVO.) nicht erreichen, als geringfügig angesehen und haben keine Grundlage für eine Versicherungspflicht. Wie wir bereits fernmündlich mitgeteilt wurde, hat das Verfahren für den hiesigen Bezirk den Ortslohn mit Wirkung vom 1. 7. 30 erhöht. Nach dieser Erhöhung gelten im allgemeinen nicht versicherungspflichtig alle Beschäftigten, die wöchentlich mehr als 7 Mark und monatlich 30 Mark (genau 29,16 Mark) verdienen. Unter Umständen können aber auch Zuwendungen, die der Lohnzahlung nicht als zuschreiben, als wirtschaftlich erheblich anzusehen, und daher ihr an sich geringer Wert mit ihrer Bewertung als „Entgelt" vereinbar erscheinen. Diese Fälle kommen an in der einzelnen Nachprüfungen seit Jahren ergeben haben, daß, so daß als Grenze für das Vorliegen von Versicherungspflicht zumeist ein Verdienst in Höhe von ¼ des Ortslohnes gilt. Zu berücksichtigen ist hierbei weiter, daß die Höhe des Lohnes nicht etwa ganz außer Verhältnis zu den Lasten der Versicherung steht.

Sollten Sie aus dieser Handhabung einen Verstoß gegen Arbeitsbestimmungen herauslesen, ist uns unverständlich. Ihre Anfragung in Ihrem Organ auf diese Angelegenheit zurückzukommen, wir so überflüssiger, als wir jetzt ernstlich bemüht sind, die Lage der wirtschaftlich Schwachen im Rahmen des satzungsmäßig zu sichern.

Der Vorstand. J. A.: Langer, Verwaltungsdirektor.

*

Halle, den 4. August 1930

An die Allgemeine Ortskrankenkasse,

Halle

Wir bestätigen wir Ihr Schreiben vom 1. d. M., das uns zugeht. Wir stellen fest, daß von uns am 10. d. M. Auftrage an die ADK. gerichtet worden ist, daß aber die ADK. am 26. d. M. von uns den Bescheid über den Verdienst unserer Trägerin in Passendorf erhält. Auf Grund Ihrer Antwort darauf, daß alle Trägerinnen, die monatlich unter 30 Mark verdienen, abgemeldet werden müßten, erteilten wir Ihnen unsern ablehnenden Bescheid vom 30. d. M.

Auf Ihr Schreiben vom 1. d. M. teilen wir folgendes mit: **Wir lehnen es nach wie vor ab, die Trägerinnen abzumelden, da eine Versicherungsfreiheit wegen vorübergehender Dienstleistung im Sinne des § 168 RVO. nicht besteht.**

Das Einkommen der Trägerinnen ist so wesentlich für deren Lebensbedingungen, so daß der Fortfall der Einnahmen, den sie aus dem Trägerlohn haben, sie in ihrer Existenz empfindlich schlechter stellen würde.

Der § 165 RVO. kommt daher gar nicht in Betracht, weil Entgelt in Form von Lohn vorhanden ist.

Sie rechnen anscheinend mit der Gesetzesunkenntnis des Verlages, denn sonst würden Sie nicht die Behauptung aufstellen, daß die einzelnen Nachprüfungen ergeben hätten, die Grenze liege „zumeist" in Höhe von ¼ des Ortslohnes. In unserem Betriebe ist eine derartige Prüfung nicht vorgenommen, trotzdem bestehen Sie auf Abmeldung.

Solange Sie aber schematisch alle Versicherten, die unter dem Ortslohndrittel verdienen, aus der Versicherungspflicht ausschließen, so lange haben Sie kein Recht, zu behaupten. Sie seien jetzt ernsthaft bemüht, die Belange der wirtschaftlich Schwachen zu sichern.

Die Versicherung unserer Trägerinnen ist noch nie abgelehnt worden, erst jetzt, nachdem die kommunistische Verwaltung auch eine deutschnationale verdrängt worden ist, fällt es Ihnen ein, die Trägerinnen, da diese Ihnen als ein ungenügendes Versicherungswagnis erscheinen, abzuschieben.

Anders können wir uns den Satz, „daß die Höhe des Lohnes nicht etwa ganz außer Verhältnis zu den Lasten der Versicherung stehen darf", nicht erklären. Das wirft auch ein bezeichnendes Licht auf die Sicherung der Belange der wirtschaftlich Schwachen, die Sie angeblich zu sichern ernstlich bemüht sind, wobei es Ihnen anscheinend gar nicht zum Bewußtsein kommt, daß Beiträge und Leistungen vom Standpunkt der Versicherungspflicht nichts miteinander zu tun haben.

Achtungsvoll

Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH.

Kroh.

*

Die von der Geschäftsleitung des „Klassenkampf" getroffenen Rechtsfeststellungen haben ihre Wirkung auf Herrn Direktor Langer nicht verfehlt, der sich weiter redlich bemüht, aus der peinlichen Affäre herauszuwinden. Die Auseinandersetzungen zwischen beiden Parteien gehen weiter, und wie uns die Leitung des „Klassenkampf" versichert, wird sie mit aller Energie der Rechtsbeugung des Herrn Direktors Langer sich widersetzen.

Die Krankenkassenmitglieder sollten aber auch aus diesem Briefwechsel die Absicht erkennen, die bei der sozialdentenden Direktion der ADK. hier vorliegt: Durch die Abmeldung der „Klassenkampf"-Trägerinnen als Pflichtmitglieder will man dieselben erstens ihrer Rechte zur ADK entheben, wie zweitens den Einfluß der kommunistischen Stimmen schwächen, wobei der Herr Direktor Langer an die im Jahre 1932 stattfindenden allgemeinen Krankenkassenwahlen denkt.

Alle Mitglieder der ADK.-Kassen sollten am Wahltage des 14. September an diese Niederträchtigkeit der sozialfaschistischen Leitung denken.

Aus dem Saalkreis

Ausschuß der Saalkreiskrankenkasse lehnt Notverordnung ab

Was sagt Lügen-Peters dazu?

In einer gestern stattgefundenen Sitzung des Ausschusses der Saalkreiskrankenkasse wurden die Notverordnungen zur Verschlechterung der Krankenversicherung mit 18 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Eine darauf stattgefundene Sitzung des Vorstandes beschloß mit 4 gegen 3 Stimmen bei einer Stimmenthaltung die Durchführung der Diktaturverordnungen. Die Kommunisten haben die Durchführung der Notverordnungen abgelehnt. Damit ist der infame Schwindel, den der SPD.-Reichstagskandidat Peters in öffentlichen Versammlungen verbreitet, die Kommunisten führten in der Saalkreiskrankenkasse die Notverordnungen durch, endgültig entlarvt.

Nazireden vor den Arbeitern

und erscheinen nicht in ihren angesetzten Versammlungen

In Kütten am Petersberg hatten die Nazis eine öffentliche Versammlung einberufen. Die Arbeiter waren aus der ganzen Umgebung zusammengekommen, um sich die Phrasen des Nazireden anzuhören. Es wurde 9.15 Uhr, wer nicht erschien, das war der Nazireden. Es wurde festgestellt, daß der Redner bei einem Fleischermeister in Kütten war, aber zu feige war, in seiner eigenen Versammlung zu sprechen, da das Lokal mit Arbeitern überfüllt war! Der kommunistische Redner geißelte diese Feigheit der Nazis besonders und forderte die Arbeiter auf, ihnen am 14. September die Quittung auszustellen, indem sie der Liste 4, Liste der KPD., ihre Stimme geben. Die Versammlung wurde von den Arbeitern mit dem Gesang der „Internationale" geschlossen.

Warum war „das 25jährige" der „Soli"-Fahrer in Dölnitz eine Pleite?

Schon seit Jahren liegt der Verein durch schlechte Leitung still. Nichts wurde getan, höchstens ein Vergnügen gemacht, was Zuschuß erforderte. Die Saalmaschinen liegen unbrauchbar in der Ecke. „Politisch neutral" — sagen einige sehr „Kluge". Das 25jährige am 24. August sollte neues Leben bringen! Es kam auch, aber wie! Die Organisierung geschah isoliert von dem größten Teil der Arbeiterschaft Aus Angst vor „Rot Sport" hatten diese Aufkroteten die oppositionellen Vereine nicht eingeladen. Trotzdem war „Rot Sport" vertreten, und der Bezirksleiter Schneider, welcher, ach, so ärmliche Festworte sprach, wechselte mehrfach die Farbe ob des Kampfrufes der roten Sportler, welche doch zahlreich genug unter den auswärtigen Vereinen vertreten waren, wie Merseburg, Burgliebenau u. a. Die ganze Veranstaltung war vielleicht — des kalten Wetters wegen — schlecht besucht. Trotzdem man verschiedene Zugkräfte, wie Luckenwalder Bundesmeister, hallische und Leipziger Kunstfahrer herangeholt hatte. Diese Fahrer sind besonders zu erwähnen, weil sie durch die Bundessolidarität 75 Prozent aller Einnahmen verbrauchten. Das „Volksblättchen" schrieb zwar einen lobenswerten Artikel darüber, aber er war falsch!

„Soli"-Fahrer von Dölnitz, schließt Euch der Opposition an, verstärkt den Zentralverein durch Eure Radlersparte. Helft mit am großen Ganzen!

„Solidarität" ist Kampf aller Arbeitersportler gegen Sozial- und Nationalsaschismus!

Hallo, Leuna-Kollege!

Morgen erscheint die neueste Nummer des „Leuna-Prolet"

mit interessanten Artikeln aus allen Betrieben.

Deine Zeitung, die Du lesen mußt! Erhältlich beim Kolporteur auf dem Thiselenplatz!

Neue Arbeiter-Literatur

Heiraten oder Steuer zahlen?

Soeben ist ein Glanz eine Broschüre über das Problem der Ledigensteuer im Internationalen Arbeiterverlag erschienen. Obwohl sie in der gediegenen und geistreichen Weise diesen verbrecherischen und zugleich lächerlichen Steuerfeldzug gegen die Unverheirateten geißelt, gibt sie in überschrittlicher und konkreter Form einen Ueberblick über die Entstehung des gundowsky-Brüning-Regimes.

Klang zeigt die ganze Verlogenheit dieser „Gesetzgeber", die den Steuerzwang mit dem Deckmantel einer falschen und moralischen Begründung zu rechtfertigen suchen.

Früher galt die Ehe als das Vorbild aller gutbürgerlichen Tugenden. Sparsamkeit, Kaufkraftsinn, Selbstlosigkeit, Sparsamkeit, Frauentreue und Liebe zu Filipantenkinden und Hoffnungen. Dieses Idyll ist im Laufe der Zeit zerstört worden. Nur der Besitz macht den guten Bürger aus und noch unbeteiligter ohne gefüllte Brieftasche ist überflüssig, wie der ledige Arbeiter, unsere Angestellte und Beamte.

Rationalisierung, Massenausbeutung und Massenelend haben das Leben der Familie längst zerstört und es blieb nichts als Kämpfe, Entbehrungen und die Lasten des Alltags.

Und nun plötzlich ist die Ehe wieder zum moralischen Gebot erhoben. Wer nicht heiratet, muß blechen. Es wird nicht durch geschehen, die seit Jahren auf das Heiraten warten, ihren Vorteil durchsetzen können. Sie können nicht heiraten, weil die beschäftigungsmesseten und Neubauwohnungen zu teuer sind, weil sie sich die Haushaltungsgegenstände und Möbel nicht anschaffen können, weil sie die durch den § 216 garantierte Nachkommenschaft nicht ernähren können.

Diese Ledigensteuer, die von keinen Parteien, mit Ausnahme der Kommunistischen Partei, ernsthaft wurde, betrifft natürlich nur die breiten Massen der Hand- und Kopfarbeiter. Der feudale Kapitalist, der von seinem „alten Herrn" monatlich einen Wechsel von ein paar Tausend Mark bekommt, braucht nichts zu zahlen. Er besitzt nämlich kein Einkommen, sondern nur eine Leistung. Der Werkstudent dagegen, der sich durch Stundengeben über Wasser hält, muß blechen. Frei ist die Tochter des Millionärs. Sie ist Hausfrau und trotz ihrer Ehe, Verlobt und Lustseuchen ohne Lohn oder Einkommen. Die Warenhausangestellte dagegen muß blechen. Frei ist der unverbeiratete Lebegreis. Sein Geld liegt „überall fest". Der Witwer, der sich als kleiner Händler abrackert, die Witwe, die für „Herrschaften" kocht und bügelt, müssen blechen, denn beide sind ledige Gewerbetreibende mit festem Einkommen.

Die unglaubliche Verlogenheit und der Zynismus der bankrotten Wirtschaftspolitiker der deutschen Republik kommt in dieser Ledigensteuerverordnung besonders zum Ausdruck. Klang schreibt wird unzähligen die Augen öffnen. Zweifellos werden die ledigen gemeinsam mit den verheirateten Hand- und Kopfarbeitern am 14. September den Parteien ihre Antwort zu geben wissen.

Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung G. m. b. H., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Theater, Konzerte, Vorträge

Volksbühne. „Wallfiser" 13. (B), 24. Sept. (S). Die beiden kleinen Opern „Der König" und „Susannens Geheimnis" am 15. September (G) und am 18. September (H). Wir bitten die Einlösungstage zu beachten. „Die Fledermaus" wird nochmals am 10. September wiederholt, ferner die Operette „Mit Dir allein auf einer einsamen Insel" am 4. und 11. September. (Beginn 20 Uhr). Karten wahlfrei gegen Mittelkostorte in unserer Geschäftsstelle. Zur Ergänzung der Stadttheater-Aufführungen wird im Thaliatheater eine Reihe von sechs Lust- und Schauspielen gegeben. Besonders hervorzuheben wird am unseren Mitgliedern die Thaliarebe nicht erhoben; sie kann auch allein bezogen werden. Anmeldungen für alle Veranstaltungen (Stadttheater, Thalia, Sommervorstellungen, Konzerte, Kulturkino, Gesprächsabende, Jugendbühne usw.) jetzt noch in unserer Geschäftsstelle, Leipzigerstraße 14, Ruf 234 79.

Das Stadttheater hat Hermann Richters Komödie „Wetten, daß . . .?!" zur Aufführung für diese Spielzeit angenommen.

Volkshochschul-Studienfahrt nach Oranienbaum und Wörlitz am Sonntag, dem 7. September. Morgen, Freitag, 20 Uhr, Schluß des Kartenverkaufs. Um 20 Uhr findet für alle Teilnehmer in der Aula der Talamtschule, Oleariusstraße 7, eine kurze, wichtige Vorbesprechung statt. Hingemelsen wird auf den Eingeborenentag am Montag, den 8. September, 20 Uhr, in der Aula des Lyzeums I, Universitätsring 21. Es spricht der bekannte Forscher und Sammler von Volksliedern, Dr. Heinrich Möller aus Naumburg, über das Thema: „Wandernde Melodien."

Arbeiter-Sport

Verhandlungsausschuß am 8. September, 20 Uhr

Da sich die Verhandlungen etwas angesammelt haben, hat der Ausschuß für Montag, den 8. September, eine Sitzung angesetzt. Zu erscheinen haben alle Ausschußmitglieder. Folgende Verhandlungen sind angesetzt: die Genossen haben zu erscheinen: 1. Schmidt (Teutonia), 2. Schmidt (Teutonia), 3. Spielleiter Collme betr. Einprobe Spiel 100; 4. Spielführer Dölnitz, dazu Schiri Mahn (Diemitz) Nr. 674; 5. Otto Franke (Zörbig), Schiri Lochmann (Reideburg) Nr. 320; 6. Schiri Wolfert (Halle), Spielführer (Reidebur) Nr. 785; 7. Otto Kaiser (Wörmlitz), Spielführer Wörmlitz und Bischofsitz Nr. 410; 8. W. Petersen (Friedrichsschwerz), Schiri Willkeit (Amsdorf); 9. Schiri Eberhardt (Lettin), Fr. Strickner (Trotha), Herm. Gorgas (Collme) Nr. 48; 10. Schiri Kleinschmager (Kreuzer), Josef Rode (Teutonia) Nr. 97; 11. Jugendleiter Atlas und Brachwitz, dazu die Schiri Zwäide und König Nr. 777; 12. Schiri Tamm (Zölau), dazu Hans Müller (Wittoria) Nr. 364; 13. Spielführer von Diemitz 2. und Dölau 1. Nr. 423; 14. Einprobe Teutonia Nr. 407 und 456.

Fr. 20 (Sonnabend), Freitag, den 5. September, 20 Uhr, Sitzung aller Sportler in der „Sonne", Reilos erscheinen.

MSV. Halle. Spiele zum Sonntag, den 7. September: 1. — Anfang um 16 Uhr 2. — Collme 1, um 5.15 Uhr, 3. — Sportbücher 3 um 12 Uhr, Sportlerinnen — MSV. um 4.45 Uhr, Schiler — Diemitz um 11 Uhr Beigelb, Jugend gegen Reidebung um 11 Uhr in Reidebung. Alle Mannschaften treffen sich eine Stunde vor Spielanfang im Vereinslokal, Jugend um 1.11 Uhr bei Schrader, Reidebung.

MSC. Halle. Sonnabend, den 6. September, Teilnahme an der Thüringen-Versammlung. Freitag, den 5. September, Sitzung der 3. Mannschaft um 8.31 Uhr im Vereinslokal.

MSC. Halle. Sonntag, den 7. September, treffen sich alle MSC.-Mitglieder nach Angehörigen zum Sommerfest im „Lindenhof". Anfang 16 Uhr. 4479

6. Bezirk (Oppel), Fußball. Bitte Serie am 7. September: Spiel Nr. 3.0 letzter Kreisliga (MSC.). Spiel Nr. 787 fällt aus. L. Schönfeld.

MSC., Spielmannszug. Sonnabend, den 6 September, 18.45 Uhr, Antreten Thiselenplatz. J. A.: Jaacd.

Christarbeit Wörmlitz-Bischofsitz. Donnerstag, den 4. September, 20 Uhr, im Lokal Raulschenbach Kartellsitzung. Kartellvorstand eine halbe Stunde früher.

Sportvereinigung Achtlers 1880 Halle. Unsere Monatsversammlung findet **Freitag, den 5. September, 20 Uhr,** in Dölzins Restaurant, Torstraße 29, statt. Alle Sportgenossen haben die Pflicht, an dieser Versammlung teilzunehmen. 4454

Der Vorstand.

Sportfreunde. Unsere fällige Versammlung findet **Freitag, den 5. September,** um 21 Uhr, statt. — Sonnabend alle Mitglieder zur Thüringen-Versammlung im „Volkspark". 4456

Volkssportklub Diemitz. Unsere Versammlung findet nicht am Sonnabend, sondern am Freitag, dem 5. September, 20 Uhr, im Vereinslokal statt. Dies allen Sportgenossen zur Kenntnis 4457

NTV. Union, Weißenfels. Sonnabend, 6. September, 20 Uhr, in der „Welle" Versammlung. Wegen der Wichtigkeit ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Freitag haben sich alle Mitglieder an der Wahlarbeit zu beteiligen. Darum auf nach Lösau für Liste 4.

Wie wird das Wetter?

Freitag: Bei Winden aus Südost bis Nordost heiter und trocken. Nach sehr kühler Nacht schnelle Tageserwärmung.

Sonnabend: Wetterlage noch unsicher.

Briefkasten

K. R. Artikel kann erst gebracht werden, wenn wir Ihren Namen wissen. Bitte streichen Sie uns nochmal oder nehmen Sie mit uns persönlich Rücksprache. Diskretion ist Ihnen.

Verantwortlich: Ernst Schneller, Berlin, für Politik und Beilagen; Bruno Rothe, Halle, für Lokales und Sachtreiz; Franz Amende, Dölau, für Provinz (Merseburg, Wittenberg, Zeitz, Liebenwerda); Walter Hädich, Halle, für Provinz (Mansfeld, Merseburg, Zeitz, Weißenfels); Fritz Beeling, Halle, für Sport; Kurt Kühn, Merseburg, für Betriebs- und Gewerkschaften; Fritz Kroh, Halle, für Anzeigenteil.

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands

Halle, Gruppe Zentrum. Achtung! Alle Genossen erscheinen am Freitag, dem 5. September, im Gesellenheim, Klosterstraße 7. Alle Genossen bringen Jungarbeiter mit, die mit zum Jugendbund treten wollen. Bestimmtes Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Halle-Nordost. Am Donnerstag tritt die gesamte Gruppe um 19 Uhr am „Reichsadler" in Trotha an.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Halle. Alle Mitglieder der Agitprop-Truppe werden gebeten, bestimmt in der am 4. September in der Produktiv stattfindenden Sitzung des Orkstomitees werktätiger Frauen zu erscheinen. April-Heft Nr. 4 ist mitzubringen.

Bund der Freunde der JAH.

Wanzleben, Freitag, 5. September, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Schumann. Referent Genosse W. Winkler, Halle.

Bottleben. Oeffentliche Mitgliederversammlung Freitag, 5. September, 20 Uhr. Thema: JAH. und Reichstagswahlen. Referent P. Dornberger, Berlin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300904-15/fragment/page=0009

Berliner revolutionäre Metallarbeiter für den Streik

(Eig. Drahtb.) **Berlin, 4. September.**

Gestern abend tagte die Berliner Funktionärkonferenz der RGO. gemeinsam mit den Betriebsräten der Großbetriebe und den Kampfausschüssen, um Stellung zur Kündigung des Lohntarifs für die 140 000 Metallarbeiter durch den Verband Berliner Metallindustrieller zu nehmen. 150 Vertreter waren anwesend. Die Delegierten sprachen sich für den Streik gegen den Lohnraub und für 20 Pfennig Lohnerhöhung unter Führung der RGO. und selbstgewählter Kampfausschüsse aus.

Gemeinsamer Wahlaufruf der Bürgerblock-Parteien

Halle, 4. September.

Die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolk-Partei, die Deutsche Volkspartei, die Deutsche Staatspartei und Deutsche Zentrumspartei, die Konservative Volkspartei und die Wirtschaftspartei haben im Wahlkreis Halle-Merseburg Burgfrieden vereinbart.

Die letzteren fünf Parteien veröffentlichen auch einen gemeinsamen Aufruf für die Hindenburg-Brüning-Diktatur.

Auch in Holzweißig darf die SPD. nicht reden

(Eig. Meldg.) **Holzweißig, 4. September.**

Gestern abend fand eine von zirka 400 Personen besuchte Wählerversammlung der SPD. statt, in der der Sozialfaschist Siermann eine freie Aussprache abwürgen wollte. Gegen diese Vergewaltigung der Mehrheit der anwesenden Arbeiter erhob sich ein stürmischer Widerspruch — selbst in den Reihen der SPD.-Arbeiter —, daß der sozialdemokratische Referent seine Wahlsteife infolge des Protststurmes nicht an den Mann bringen konnte und die Versammlung polizeilich geschlossen werden mußte. Sie wurde sofort von der KPD. wieder eröffnet. Genosse Bobbe enthüllte die Verräterpolitik der SPD. und fand stürmischen Beifall, als er die Anwesenden aufforderten, mit dem Sozialfaschismus aufzuräumen und den Kampf gegen die faschistische Diktatur unter der Führung der Kommunistischen Partei aufzunehmen.

Vier neue Parteigenossen konnten sofort aufgenommen werden.

Die Arbeiterschaft von Holzweißig hat damit den sozialfaschistischen Steuerräubern eine klare und eindeutige Antwort erteilt und bewiesen, daß sie fest zur Kommunistischen Partei steht.

Englische Gewerkschaften lassen Macdonalds Minister nicht reden

(Eig. Drahtb.) **London, 4. September.**

Auf dem Kongreß der englischen Gewerkschaften, der seit Montag in Nottingsham tagt, kam es zu stürmischen Kundgebungen gegen die Macdonald-Regierung und gegen die verräterische Gewerkschaftsbürokratie. Als der Innenminister Clynes die Rednertribüne bestieg, erhob sich von den Galerien her, wo Tausende von Arbeitern den Verhandlungen des Kongresses beiwohnten, ein Protststurm. Dem Innenminister der Macdonald-Regierung blieb das Wort im Munde stecken. Bei jedem Versuch, zu Worte zu kommen, wurde er durch eine Flut von empörten Zwischenrufen unterbrochen.

Lüge, doch mit Maßen

Der „Volksbote" hat einen Schwindel aufgemacht, der aber so blöd ist, daß er selbst bei den gewohnheitsmäßigen „Volksboten"-Lesern, denen ihre Redaktion einiges zuzutrauen scheint, sein Ziel verfehlen dürfte. An Hand „geistvoller" Ueberlegungen über unsere Wahlsammlungsstatistik werden Pfennig-Beiträge herausgerechnet, die die einzelnen Ortsgruppen der KPD. aufgebracht haben müssen, wenn — das Wahlsammlungsziel der KPD. 100 Mark betrug. Nun wird es aber doch manche „Volksboten"-Leser geben, die den „Klassenkampf" mitunter zu Gesicht bekommen. Und die können sich dann leicht überzeugen, wie hoch die Beträge sind, die von der KPD.-Organisation für den Wahlfonds gesammelt wurden. Der gestern veröffentlichte Wahlfondsausweis erreicht die Höhe von fast 4000 Mark und gleichzeitig haben wir bekanntgegeben, daß der mitteldeutsche Bezirk sein Sammelziel erst zu 20 Prozent erreicht hat. 100 Mark und 20 000 Mark sind ein kleiner Unterschied. Also nächstes Mal vorsichtiger schwindeln, Herr Bergholz!

Die SPD. erwartet, daß die Bürgerlichen bei jeder Stichwahl für sie stimmen

In Holzweißig fand vor einigen Tagen die Bürgermeisterwahl statt. Bei der Wahl erhielten entsprechend dem Stimmverhältnis in der Gemeindevertretung die Kandidaten der KPD. sechs, der SPD. fünf, der Bürgerlichen vier Stimmen. Es kam zur Stichwahl, bei der die Bürgerlichen ungültige Stimmen abgaben (offenbar für ihren eigenen Kandidaten weiter stimmten) und auf Grund der kommunistischen Mehrheit wurde nun der kommunistische Kandidat, Genosse Steinmetz, gegen die SPD.-Stimmen gewählt. Das „Volksblatt" sagt in seiner Ueberschrift: „Mit bürgerlicher Hilfe gewählt." Offenbar ist die SPD. — was man ihr nach ihren Taten ja gar nicht verdenken kann — der Meinung, einen Rechtsanspruch auf die Stimmen der bürgerlichen Parteien zu besitzen und sieht eine Wahlhilfe für die Kommunisten schon darin, wenn die Bürgerlichen eigene Kandidaten aufrechterhalten!

Feiger Nazi-Ueberfall auf Reichsbannerarbeiter

(Eig. Drahtb.) **Berlin, 4. September.**

Die Morgenpresse meldet einen Ueberfall der Nazis auf Reichsbannerleute in Seeburg (Osthavelland). Eine Jugendabteilung des Reichsbanners Spandau wurde auf dem Heimmarsch von 4ner Rotte nationalsozialistischer Bauernknechte überfallen. Nachdem der Haupttrupp schon vorüber war, fielen sie mit Messern und Hämmern über die Nachzügler her. Vier Reichsbannerarbeiter erhielten schwere Verletzungen. Zwei davon befinden sich in Lebensgefahr.

Dieser feige Ueberfall der braunen Mordbanden beweist erneut die dringende Notwendigkeit des sofortigen engsten Zusammenschlusses aller Arbeiter in roten Betriebswehren

Die Arbeiter werden es nie vergessen!

In einer am Sonntag stattgefundenen SPD.-Versammlung in Queis erklärte der Gewerkschaftssekretär Müller, Halle, als unsere Genossen in der Diskussion auf die Schandtaten der Sozialfaschisten und Arbeitermörder Noske und Zörgiebel hinwiesen:

„Was Noske und Zörgiebel gemacht haben, ist bei uns längst vergessen."

Mit Lügen, Verdrehungen und neuen Wahlseife-Kunststückchen versuchen die sozialfaschistischen Funktionäre abzulenken von der Schande ihrer Partei. Die Arbeiterklasse wird der SPD. am 14. September durch eine millionenfache Abgabe ihrer Stimmen für die KPD., Liste 4, beweisen, daß sie die Zehntausende revolutionärer Arbeiter, deren Blut und Leben die Noske, Zörgiebel und Konsorten auf dem Gewissen haben, nicht vergessen hat!

Keine Stimme der Noske- und Zörgiebel-Partei

Nur für Liste 4 wird gestimmt!

Der 16. Internationale Jugendtag in Bayern verboten!

Die bayrische Polizei hat den 16. Internationalen Jugendtag in Bayreuth verboten.

Die Ausbeuter und Schinder der werktätigen Jugend fürchten den Massenaufmarsch am 7. September.

Sie glauben durch eine Verbotsverordnung den 16. Internationalen Jugendtag verhindern zu können. Sie irren sich.

Die deutsche Jungarbeiterschaft marschiert trotz alledem am Internationalen Jugendtag:

Gegen das Deutschland des Young-Planes, des Hungers und imperialistischen Krieges, für ein freies sozialistisches Deutschland, für den Sieg der Liste 4, Kommunisten!

Einen Stundenlohn für den Wahlfonds der KPD.

Eine Belegschaftsversammlung der Firma Ludwig Haßengier, Halle, protestierte auf das schärfste gegen die Ueberweisung von einer Million Mark durch den Reichstag an die SPD. und beschloß einstimmig, einen Stundenlohn für den Wahlfonds der KPD. abzuführen.

In einer Mitgliederversammlung des Bezirks arbeiterverbandes in Zipsendorf wurde mit überwältigender Mehrheit beschlossen, der KPD. 25 Mark aus der Gewerkschaftskasse für ihren Wahlfonds zu überweisen.

100 Mark für den Kampffonds der KPD.

Beschluß einer Zahlstelle des FVB.

Die Quartalsversammlung der Zahlstelle Bolten (Bezirk des Fabrikarbeiter-Verbandes beschloß einstimmig, 100 Mark für den Kampffonds der KPD. 100 Mark zu überweisen.

Das ist eine gute Antwort auf den Raubzug der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die über die Köpfe der Mitglieder hinweg der SPD.-Wahlkasse ungeheuere Geldsummen überwiesen haben.

Wissell: „Arbeiter sind Hunde!"

Im städtischen Saalbau in Essen versuchte in einer Wahlversammlung der berüchtigte Unterstützungsräuber Wissell die Politik des Müller-Kabinetts gegenüber der der Brüning-Diktatur herauszustreichen.

Als der Ehrendoktor Wissell die Ablehnung der Kinderspeisung zu verteidigen versuchte und erklärte:

„Im Jahre 1928 war ich bereit" . . . „Panzerkreuzer zu bauen", antwortete treffend ein proletarischer Zwischenrufer. Darauf erdreistete sich dieser satte Sozialfaschist mit seiner 30 000 Mark Ministerpension, mit einem Heinz-Paul, die revolutionären Arbeiter, die nicht die Zörgiebel-Wissell-Partei wählen, als

„Hunde mit eingeklemmtem Schwanz"

zu beschimpfen. Unter stürmischem Protest der Arbeiter wurde die Versammlung daraufhin kurzerhand geschlossen. Die Arbeiter werden diesem Krippensetzer der bürgerlichen Republik die entsprechende Antwort bei der Wahl der Liste 4, KPD., geben.

Achtung, neue Wahlbomben in Sicht!

(Eig. Drahtb.) **London, 1. September.**

Der „Daily Herald" nimmt wieder einmal als Regierungsorgan Macdonalds und der englischen Arbeiterregierung zu den Verhältnis zwischen Reichswehr und der Sowjetunion Stellung. Diese Stellungnahme ist selbstverständlich gegen die Sowjetunion gerichtet und soll dazu beitragen, den Sozialdemokraten eine Wahlbombe für den Wahlkampf zu liefern.

Walhalla
Täglich 20 Uhr Tel. 28385
Ein Riesen-Erfolg!
Fritz Random-Revue:
Komm zu mir
in 22 heiteren Bildern 4479
Herta Loewe u. a. gr. Star-Besetzung
50 Mitwirkende

Stadt-Theater
Heute, Donnerstag 8 bis 22¾ Uhr
Mit Die allein auf einer einsamen Insel
Operette von 4478
Ralph Benatzky
Freitag 19½ bis 23¾ Uhr
Die Walküre von Rich. Wagner

Arb.-Gesangverein Querfurt
Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes
Sonnabend, den 6., und Sonntag, den 7. Septbr. 1930. in der „Tanne"
10. Stiftungsfest
Festkolter Sonnabend, 20 Uhr, in der „Tanne": Kommers. Sonntag, 13½ Uhr Umzug, ab 15 Uhr im „Schützenhaus" Konzert (unter Mitwirkung auswärtiger Vereine). Ab 19½ Uhr Festball in der „Tanne". Hierzu ladet Freunde und Gönner herzlichst ein Der Festausschuß

Gasthof Döschwitz
Sonntag, d. 7. Sept.
Gr. Erntefest-Ball
4472

Kaufe altes, vorgeschritt. lb. Kanarienhähne auch weiße, sowie jeden Posten Weibchen
W. Schulz
Posadowsky-Str. 16
Tel. 23380

Seltene günstige Angebote
Küchen
naturlasiert, ormenschön u. gediegen, komplett:
185.- 224.- 256.- 285.- 320.-M.
weißlackiert mit Linoleum
von **130.- RM.** an
Gebr. Jungblut
Schwertstraße 37

4469
Freitag
Schlachtefest
8½ Uhr an Wellfleisch
P. Kühlewind,
Schweitzerstraße 28

Suche blaue Karte gegen Abbaut. Habe rote Karte. Offerten u. 4474 a. d. Verl. Kl.

Werbt neue Leser!

LICHTSPIELE
Capitol · Centralhalle
Zeitz Donnerstag bis Sonntag: Zeitz

Großes Doppelprogramm
Ungarische Rhapsodie
Ein Film vom schönen Ungarnland mit erster Besetzung, mit
Lil Dagover
Willy Fritsch
Dita Parlo
u. v. a.
Dazu das große Beiprogramm
Beginn werktags 18 u. 20½ Uhr
Sonntags 16 Uhr

Großes Doppelprogramm
Polizeimeister Tagelöf
(Der Sittenpolizei)
Eine Geschichte aus Rußland
Dazu:
Don Manuel, der Bandit
Ein großer Abenteuerfilm
Dazu das große Beiprogramm
Beginn werktags 18 u. 20½ Uhr
Sonntags 16 Uhr

MAGGI's Erzeugnisse sind billig und preiswert

		sie kosteten vor dem Kriege RM	sie kosten heute RM
MAGGI's Würze	Tischflasche mit 40 g	—.35	—.40
	„ „ 80 g	—.65	—.70
	große Flasche „ 1400 g	6.—	6.50
MAGGI's Suppen	allgemeine Sorten der Würfel	—.10	einheitlich —.13
	besondere Sorten der Würfel	—.15	
MAGGI's Fleischbrühe	der Würfel	—.04	—.04

Qualität unverändert erstklassig

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300904-15/fragment/page=0010

Kämpfer für Sowjet-Deutschland

Das sind die Kandidaten der ausgebeuteten Millionen in Young-Deutschland: Führer im revolutionären Kampf, Arbeiter aus den Betrieben, Schacht, Hütte und Chemiehöllen, Vertreter der werktätigen Frauen und Jugend, der Kleinbauern und notleidenden Mittelständler

Wilhelm Koenen
früherer Führer des revolutionären mitteldeutschen Proletariats.

Volkmann, Leuna
Schlosser

Ahlers, Eisleben
Arbeiterfrau

W. Biehring, Söhesten
Kleinbauer

Köppe, Mansfeld
Bergarbeiter

Tretschok, Selben b. Delitzsch
Eisenbahner

Wir veröffentlichen nachfolgend die Spitzenkandidaten der Kommunistischen Partei, Liste 4, in den Bezirken. Es gibt keine Liste in Deutschland, die schon in ihrer sozialen Zusammensetzung so klar und eindeutig das Gesicht der arbeitenden Masse in Stadt und Land, der ausgebeuteten und hungernden Millionen in Young-Deutschland trägt, wie die Liste 4.

Auf der Liste 4 stehen überall an aussichtsreicher Stelle die Arbeiter aus den Betrieben, die Vertreter der Werktätigen. Sie stehen neben dem Führer unserer Partei, Genossen Thälmann, und anderen sturmerprobten Funktionären unserer Partei.

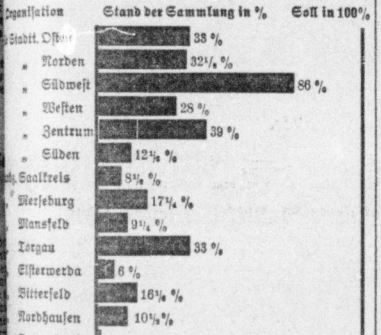
Auf dieser Liste stehen die Kämpfer, die — allen ausbeuterischen Gewalten zum Trotz — für die Ziele der „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" an der Spitze der Massen kämpfen. Ihre Losung ist die große Losung, mit der Genosse Ernst Thälmann in Hamburg diesen Wahlkampf für die Kommunistische Partei eröffnet: „Wir stürmen für Sowjet-Deutschland!"

Die Bezirkskandidaten der Liste 4

1. **Ostpreußen:**
   Neddermeyer, Bauarbeiter; **Möricke**, Tischler, Leiter der RGO.-Industriegruppe Landarbeiter; **Schütz**, Maschinenschlosser, Betriebsrat der städtischen Betriebe Königsberg; **Schwindt**, Bauarbeiter.
2. **Berlin:**
   Pieck, Holzarbeiter; **Torgler**, kaufm. Angestellter; **Hein**, Metallarbeiter; **Roberta Gropper**, Tabakarbeiterin; **Walter**, Dreher, Vorsitzender des Arbeiterrates AEG.-Hennigsdorf; **Hornick**, Putzer; **Reinke**, Eisenformer.
3. **Potsdam II:**
   Ulbricht, Holzarbeiter; **Dahlem**, kaufm. Angestellter; **Kohlmann**, Schleifer, Betriebsrat bei Siemens; **Martha Rubenwolf**, Aerztin; **Taubenheim**, Metallgießer; **Prietzel**, Maschinenschlosser, Vertreter der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit.
4. **Potsdam I:**
   Remmele, Metallarbeiter; **Heinz Neumann**, Schriftsteller; **Grete Mildenberg**, Metallarbeiterin, Kandidatin der Jungarbeiterschaft; **Nedlich**, Maler.
5. **Frankfurt a. O.:**
   Thälmann, Transportarbeiter, Führer der KPD.; **Bohnenstengel**, Landarbeiter; **Werner**, Glasarbeiter; **Papke**, Tischler.
6. **Pommern:**
   Stoecker, Schriftsteller; **Strötzel**, Metallarbeiter; **Latzke**, Holzarbeiter; **Anna Hetzel**, Hausfrau.
7. **Breslau:**
   Heckert, Maurer; **Becker**, Schmied, Betriebsrat der Melchiorgrube; **Müller**, Maurer, Betriebsrat der Dierigwerke Langenbielau; **Margarete Hahne**, Stenotypistin.
8. **Liegnitz:**
   Heckert, Maurer; **Ullrich**, Metallarbeiter; **Berta Poslick**, Arbeiterin.
9. **Oppeln:**
   Kadasch, Bergarbeiter; **Chwalek**, Eisenbahner, Betriebsratsvorsitzender der NAW., Oppeln; **Schieron**, Bergarbeiter, Betriebsratsvorsitzender der Guido-Delbrück-Grube, Hindenburg.
10. **Magdeburg:**
    Heckert, Maurer; **Hörnicke**, Schlosser; **Hedwig Hund**, Arbeiterfrau.
11. **Merseburg:**
    Koenen, Bezirkssekretär der KPD.; **Volkmann**, Chemiearbeiter, Leunabetrieb; **Marie Ahlers**, Arbeiterin, Mansfeld; **Mieth**, Metallarbeiter (Jungarbeiter); **Biehring**, Kleinbauer.
12. **Thüringen:**
    Thälmann, Transportarbeiter, Führer der KPD.; **Creutzburg**, Maler; **Schumann**, Metallarbeiter; **Maria Blum**, Arbeiterin, zur Zeit Festungshaft; **Wölk**, Mechaniker, Betriebsrat Zeißwerke, Kandidat der Jungarbeiterschaft.
13. **Schleswig-Holstein:**
    Thälmann, Transportarbeiter, Führer der KPD.; **Louise Augustat**, Hausfrau; **Henck**, Angestellter; **Röhrs**, Bauarbeiter.
14. **Weser-Ems:**
    Pieck, Holzarbeiter; **Schwarz**, Werftarbeiter; **Marie Müller**, Arbeiterin.
14. **Ostbannover:**
    Pieck, Holzarbeiter; **Maria Reese**, Redakteurin; **Weber**, Bergmann.
16. **Südhannover-Braunschweig:**
    Pieck, Holzarbeiter; **Maria Reese**, Redakteurin; **Tünnermann**, Arbeiterratsvorsitzender des Kaliwerks Friedrichshall.
17. **Westfalen-Nord:**
    Florin, Metallarbeiter; **Funk**, Bergarbeiter; **Barbara Efser**, Anlegerin; **Hausladen**, Bergarbeiter; **Hallwas**, Metallarbeiter.
18. **Westfalen-Süd:**
    Florin, Metallarbeiter; **Agatz**, Bergarbeiter, Vorsitzender der RGO. Ruhrgebiet; **Heinz Neumann**, Schriftsteller, Berlin; **Frank**, Metallarbeiter; **Lotte Zinke**, Hausfrau; **Löbbe**, Kandidat der Jungarbeiterschaft.
19. **Hessen-Nassau:**
    Münzenberg, Schriftsteller; **Lohagen**, Metallarbeiter; **Kiebe**, Weber.
20. **Köln-Aachen:**
    Stoecker, Schriftsteller; **Sattler**, Maschinenschlosser; **Kzikalla**, Bergarbeiter.
21. **Koblenz-Trier:**
    Benscheid, Schlosser; **Kohns**, Bauarbeiter
22. **Düsseldorf-Ost:**
    Thälmann, Transportarbeiter, Führer der KPD.; **Schulte**, Fabrikarbeiter; **Strenina**, Metallarbeiter; **Helene Overlach**, kaufm. Angestellte; **Reubauer**, Lehrer; **Adler**, Metallarbeiter; **Hennig**, Zimmerer; **Gallinat**, Bergarbeiter.
23. **Düsseldorf-West:**
    Schulte, Fabrikarbeiter; **Thesen**, Metallarbeiter; **Muhlak**, Gemeindearbeiter; **Hennig**, Zimmerer; **Sauer**, Straßenbahner; **Werner**, Hausfrau.
24. **Oberbayern-Schwaben:**
    Buchmann, Schuharbeiter; **Wagner**, Maschinenarbeiter, Betriebsrat MAN.-Augsburg; **Rosa Rottmair**, Betriebsrätin.
25. **Niederbayern:**
    Götz, Schlosser; **Prell**, Porzellanarbeiter; **Kirschner**, Kleinbauer.
26. **Franken:**
    Remmele, Metallarbeiter; **Mayer**, Angestellter; **Bloch**, Lithograph; **Luise Geyer**, Betriebsrätin.
27. **Pfalz:**
    Remmele, Metallarbeiter; **Fischer**, Metallarbeiter; **Hartig**.
28. **Dresden-Bautzen:**
    Rädel, Zimmermann; **Gräf**, Schlosser, Vorsitzender des Internationalen Bundes, Berlin; **Olga Körner**, Köchin.
29. **Leipzig:**
    Rädel, Zimmermann; **Kippenberger**, Bankangestellter; **Emmrich**, Textilarbeiter; **Frida Medam**, Schneiderin.
30. **Chemnitz-Zwickau:**
    Heckert, Maurer; **Schneller**, Lehrer; **Johanna Himmler**, Textilarbeiterin; **Grube**, Tischler; **Knöchel**, Arbeiter.
31. **Württemberg:**
    Clara Zetkin, Schriftstellerin; **Schlaffer**, Metallarbeiter; **Maria Walter**, Schuharbeiterin; **Emil Göckeler**, Fabrikarbeiter, zur Zeit im Gefängnis.
32. **Baden:**
    Remmele, Metallarbeiter; **Schrock**, Dreher; **Chemnitz**, Maurer, Kandidat der Jungarbeiterschaft; **Käthe Kuhlen**.
33. **Hessen-Darmstadt:**
    Remmele, Metallarbeiter; **Prenzel**, Portefeuiller.
34. **Hamburg:**
    Thälmann, Transportarbeiter, Führer der KPD.; **Madalena**, Metallarbeiter; **Louise Augustat**, Hausfrau; **Heppe**.
35. **Mecklenburg:**
    Warnke, Dachdecker; **Schuldt**, Häusler; **Klann**, Schlosser.

...meltätigkeit immer noch steigern!

Unser Wahlpulver-Barometer



Vergleich zum Stand vom 30. August hat der Stadtteil West sein Sammelsoll bald geschafft! Wer geht mit Süden einen Wettbewerb ein? Was ist im Stadtteil Osten los? ...ten hat keine Steigerung erzielt. Norden holt gut auf. ...so. Der Stadtteil Süden ist der schlechteste. Wie wäre ...einem Wettbewerb? Der Saalkreis muß sich sehr be..., wenn er seinen Stand auf eine durchschnittliche Höhe ...will. Warum ist der Unterbezirk Merseburg so schlecht? ...die Stadt Merseburg versagt und erst einen ganz ...Betrag eingesandt hat. Was über Merseburg gesagt ist, ...auch für die Unterbezirke Bitterfeld, Wittenberg, ...Weißenfels, Delitzsch, Sangerhausen, Elster... ...ist. Die Ergebnisse aus der Stadt Wittenberg sind ...einmal.

...nächste Barometer erscheint am Mittwoch, dem 10. Sep...1930

...iter, Arbeiterinnen, Werktätige!

Alles heraus zur Versammlung!

Was Euch die Kommunisten zu sagen haben!

Freitag, den 5. September

...: 20 Uhr.
...burg: 20 Uhr. Referent: Genosse Schildt.
...: 20 Uhr im Gewerkschaftshaus. Referent: Genosse Menzel.
...: 20 Uhr bei Hübner öffentliche Frauenversammlung. Referentin: ...Wilde.
...: 20 Uhr in der „Schiffsmühle". Referent: Genosse Leunig.
...: 20 Uhr im Gasthof. Referent: Genosse Roth.
...: 20 Uhr im „Sitzer". Referent: Gen. P. Merker, Berlin.
...: 20 Uhr. Referent: Genosse Steinmetz.
...: 20 Uhr im Lokal Kleinschmidt. Referent: Genosse Amende.
...: 20 Uhr im Gasthof. Referent: Gen. Weigt.
...: 20 Uhr.
...: 20 Uhr im Lokal Krebs. Referent: Genosse Kirste.
...: 20 Uhr im Gasthof. Referentin: Genossin Ida Weigt.
...: 20 Uhr. Referent: Genosse Holzweißig.
...: 20 Uhr im „Roten Hirsch". Referent der BV.
...: 20 Uhr. Referent: Genosse Wiehring.
...: 20 Uhr im „Rosskeller". Referent: Genosse Schlag.
...: 20 Uhr im Gasthof Versammlung der Arbeitsinvaliden. Referent: ...Siemann.
...: 20 Uhr. Referent: Genosse Mittig.
...: 20 Uhr. Referent: Genosse Hirsch.
...: 20 Uhr. Referent: Genosse Naumann.
...: 20 Uhr. Referent: Genosse Oltner.
...: 20 Uhr. Referent: Genosse Simon.
...: 20 Uhr. Referent: Genosse Tretschok.
...: 20 Uhr. Referent: Genosse Loder.
...: 20 Uhr bei Schulze. Referent der NBV.
...: 20 Uhr bei Schmalor. Referentin: Genossin J. Lehmann.
...: 20 Uhr. Referenten: Genosse W. Koenen und H. Wolf...
...Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300904-15/fragment/page=0011

Politische Züchtigung der SPD. in Annaburg

Arbeiter verwandeln SPD.-Versammlung in eine Vertrauenskundgebung der KPD., trotz Polizeiterrors

Der Verlauf des bisherigen Wahlkampfes zeigt, daß die Sozialdemokratie ihre arbeiterfeindliche Politik vor der Arbeiterschaft ohne Terror und Polizeischutz nicht verteidigen kann. Die satten Partei- und Gewerkschaftsbonzen, die durch das Land reisen und ihren Betrug an den Wählermassen durchführen wollen, stoßen überall auf den aktivsten Widerstand der Arbeiterschaft unter Führung der Kommunisten.

Versuchten sie noch in den ersten Tagen des Wahlkampfes sich ein „demokratisches" Mäntelchen umzuhängen und ließen die kommunistischen Diskussionsredner sprechen, so wenden sie jetzt den schärfsten Versammlungsterror, Verleumdungen der KPD. und rücksichtslosen Einsatz der Polizei an, um die Aufklärung durch die KPD. zu verhindern. Jedoch die wachsende Erkenntnis auch der sozialdemokratischen Arbeiter, daß die sozialfaschistische Lohn- und Tarifpolitik, der Steuer- und Zollraub mittels der Diktatur des Artikels 48 nur das Werk der Sozialdemokratie ist, können alle Tiraden der Bonzen nicht mehr verschleiern.

Ein sehr eindeutiger Beweis für diese Erkenntnis war die öffentliche Wählerversammlung der SPD. am 2. September in Annaburg.

Um eine Abrechnung durch die Kommunisten zu verhindern, hatte man zwei Referenten aufgeboten, die über 2½ Stunden versuchten, die Arbeiter aus dem Saal zu reden.

Alle Verbrechen der Hermann-Müller-Regierung sollten in ihr Gegenteil verkehrt werden, um die Proleten für die Liste der Lohnräuber und Ministerlinge zu gewinnen.

Stürmischer Protest der 300 anwesenden Arbeiter brach aus,

als man bekannt gab, daß der anwesende Genosse Friedrich nur zehn Minuten Redezeit erhalten sollte. Um so mehr war die Arbeiterschaft begeistert, als der KPD.-Diskussionsredner trotz Polizeiterrors mit der Sozialdemokratie gründlich abrechnete. Nach zehn Minuten versuchte man es mit der Klingel, nach 15 Minuten setzte man die Polizei in Bewegung, was aber heiterste. Bezeichnend für den Wahlkampf der Sozialfaschisten ist, daß sie die gesamten Landjäger des Bezirks während der Versammlung mobilisiert hatten und in einem Raum des Lokals verborgen hielten, bereit, jeden Moment mit Gummiknüppeln und Verhaftungen den Artikel 48 und Severings Ausnahmegesetz durchzuführen. Als man drohte, die Versammlung aufzulösen, verließ der Kommunist die Bühne und setzte unter stürmischer Begeisterung seine Abrechnung im Saale fort, die nicht verhindert werden konnte.

Wohl 250 Proleten stimmten nachstehendem Appell an die gesamte Arbeiterschaft zu, der unter nicht endenwollendem Beifall der Versammelten durch den Diskussionsredner der KPD. verlesen wurden:

„Die am 2. September 1930 tagende öffentliche Wählerversammlung, einberufen von der SPD., verurteilt aufs schärfste die arbeiterfeindliche Politik der Sozialdemokratie und ihre Unterstützung durch die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie. Die versammelten Arbeiter, Arbeiterfrauen, Erwerbslosen, Invalidenrentner und Kriegsopfer appellieren an alle Ausgebeuteten in Fabriken und Gruben, an die unterdrückten Landarbeiter und Arbeiterinnen, an die proletarischen Wählermassen, unter dem revolutionären Banner der Kommunistischen Partei und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition den rücksichtslosen Kampf gegen neuen Verrat und Betrug durch die Sozialdemokratie zu führen. Wir geloben, alles einzusetzen, um dem drohenden Faschismus und der Kapitalsdiktatur den Kampf um ein freies sozialistisches Sowjet-Deutschland entgegen zu setzen und nur der einzigen Arbeiterpartei, den Kommunisten, der Liste 4 unsere Stimme am 14. September zu geben."

Das ist die einzig richtige Antwort der Annaburger Arbeiterschaft auf die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften durchgeführte Politik. Dieser wuchtige Schlag gegen die Sozialfaschisten in Annaburg muß ein Ansporn sein, überall durch mutiges Auftreten in den SPD.-Versammlungen die Verrätereien der SPD. zu entlarven. Sie muß der Auftakt sein, um den Kampf der Annaburger Arbeiterschaft gegen die durch die Unternehmer gekündigten Tarife der Steingutindustrie auf breitester Basis zu führen. Die gesamte Arbeiterschaft gilt es bis zum 14. September zu mobilisieren, um den roten Sieg der Liste 4 zu erringen.

Lauchhammer. Die Nazi-Versammlung, die am Donnerstag, dem 28 August, in Draudorf stattfand, war, wie in Dollstädtaida, eine große Pleite. Nach dem Referat fürchteten sich die Burschen vor einer Diskussion. Die Kommunisten übernehmen die Versammlung und finden bei den anwesenden Draudorfer Arbeitern und Kleinbauern aufmerksame Zuhörer, so daß sich die neun auswärtigen Nazis verdufteten. 80 Pfennig sind noch für den Wahlfonds der KPD. gegeben worden. Mit dem Gesang der „Internationale" und der Aufforderung, die am Sonnabend, dem 6. September, stattfindende kommunistische Wählerversammlung zu besuchen, wurde um ½1 Uhr die Versammlung geschlossen.

Gebt für den Wahlfonds der KPD!

Steuerstreik auch in Roitzsch

Von 4500 Einwohnern sind 600 Einwohner in der Gemeindevertretersitzung

A.-K. Die Gemeindevertretung von Roitzsch (Kreis Wittenberg-Jüterbog-Schlieben) beschloß mit den Stimmen der Kommunisten, daß

die Diktatursteuern in der Gemeinde nicht erhoben

werden, sondern daß zur Deckung der Wohlfahrtsunterstützung die schärfste Besteuerung der Besitzer durchgeführt wird.

Die Wirtschaftspartei schwieg zu dem KPD.-Antrag, und nur die SPD. wandte sich gegen die KPD. und erklärte durch den Vertreter Bürgermeister Burke (einer der berüchtigten Abwürger des Mansfelder Streikes), daß die SPD. nicht mit der Erhebung der Diktatursteuern stimmen werde. In der Abstimmung spalteten sich Wirtschaftspartei und SPD. Ein Teil stimmte gegen den KPD.-Antrag (darunter Burke), der andere Teil enthielt sich der Stimme.

Roitzsch hat 4500 Einwohner. Die Gemeindevertretersitzung war überfüllt und zirka 600 Einwohner konnten sich überzeugen, daß Wirtschaftspartei und SPD. in der Front der Steuerräuber stehen.

Keine Stimme diesen Steuerräubern!

Nur die Kommunistische Partei hat das Vertrauen der Einwohner von Holzweißig

Roter Gemeindevorsteher gewählt – Steuerstreik beschlossen

A.-K. Unter großem Andrang fand die für den 1. September anberaumte Gemeindevertretersitzung mit dem Hauptpunkt „Gemeindevorsteherwahl" statt. Schon zwei Stunden vor der Oeffnung des Rathauses stauten sich die Massen, um sich einen Platz zu sichern. Unsere Genossen stellten, gleich bevor zur Tagesordnung übergegangen wurde, die Anfrage, warum der Dringlichkeitsantrag, „diese Sitzung in den Sonntagschen Saal zu verlegen", bei so wichtiger Tagesordnung abgelehnt wurde. Gemeindevorsteher Scholz suchte seine Sabotage mit gewundenen Worten zu rechtfertigen. Dieses Argument riecht recht nach Feigheit. Bloß nicht mit den Massen in Berührung kommen und vor ihnen gerade stehen zu müssen. Die Vorsteherwahl ergab die zahlenmäßige Zusammenstellung der Wahlberechtigten wie folgt: bei der ersten Abstimmung KPD. 6, SPD. 5, Bürgerblock 4 Stimmen. Der Vorsteher erklärte, da keiner von den drei Kandidaten die einfache Stimmenmehrheit von 8 erhielt, nur noch die beiden Stimmenmehrheiten zur Stichwahl kämen. Jetzt wurde die Sache schon nespannter, es ging um die Wurst. Und wer sein Augenmerk auf den Kandidaten der SPD., Thäle, warf, konnte ein wahres Bleichgesicht bewundern. (Sozialismus, bring mich zur Krippe.) Aufgeregt schielte er mit Argusaugen auf jede Fingerbewegung der Bürgerlichen, denn nur sie konnten ihn retten. Aber, o weh, sie haben ihm was gesch... Er rutschte durch. Jedenfalls konzentriert er nun seine Wut auf sie! Oder feiert er weiter Sportfeste mit ihnen? Als der Gemeindevorsteher erklärte, daß

der Kommunist Steinmetz, Dieskau, gewählt

sei, raste alles vor Beifall. Ein Zeichen, daß wir marschieren. Die Regierung möge machen, was sie will. Wir werden uns verbieten lassen und auf ihre Maßnahmen weiter mobilisieren. Es unsere Genossen einen Antrag betreffs

Protestresolution gegen das Diktat durch Artikel 48

einreichten, erlaubte sich der Spekkopf Lassock, dieses als „Antrag" zu bezeichnen. Wir können verstehen, daß er als Vertreter des Pabstes von Holzweißig die Steuerverordnungen des Zentrumsmannes Brüning verteidigen muß, weil ihm ersterer dazu Instruktion erteilt.

Ein Kanalisierungsprojekt im Kostenvoranschlag zu 700 000 Mark wurde versprochen, in Angriff zu nehmen. Prüfe jeder, ob das nicht nach Wahlmache stinkt. Die ganze Einstand unter Staatsaufsicht der drei Ortsgewaltigen.

Die Protestresolution gegen die Diktaturmaßnahmen der Regierung Brüning, welche mit allerhand Ausflüchten umgangen werden sollte, gelangte doch durch energisches Eingreifen der geeinten kommunistischen Fraktion zur Abstimmung und wurde mit 11 Stimmen angenommen.

Die SPD. erklärte durch Thäle, daß sie gegen diese Steuerverordnungen sind, enthielten sich aber der Stimme!

Mansfelder Kreise

Keinen Steuergroschen der Diktatur!

A.-K. Die am 30. August stattgefundene Wählerversammlung in Freiroda, welche von 80 Personen besucht war, nahm nach den Ausführungen des Referenten folgende Entschließung einstimmig an:

Die am 30. August von der Kommunistischen Partei einberufene Wählerversammlung erhebt schärfsten Protest gegen die Diktatursteuern der Brüning-Regierung. Sie erblickt in diesen Steuern eine ungeheure Belastung der arbeitenden Bevölkerung. Es gibt keinen anderen Ausweg als den von der Kommunistischen Partei gewiesenen Weg des Steuerstreiks. Die Freiroder Arbeiter stellen sich geschlossen hinter den Aufruf der roten Kommunalfunktionäre.

Die Sammlung für den Wahlfonds ergab 4,65 Mark.

Blauer Heinrich, werde nicht zu frech

A.-K. Gehofen. Die KPD., Ortsgruppe Artern, fuhr am Sonntag, dem 24. August, unseren Ort zur Wahlprospektverteilung. Sie wurden begeistert von der Arbeiterschaft empfangen und die Bauern aus diesem Grunde eine Versammlung unter freiem Himmel ab. Bei diesem Durchmarsch schloß sich ein großer Teil sympathisierender Arbeiter an. Nur dem Gutsinspektor, genannt blauer Heinrich, wollte dieser Besuch der Kommunisten nicht recht passen, denn am Montag wurde einigen Arbeitern eine Moralpredigt gehalten, die sich mit den Kommunisten sympathisieren sollen. Dabei hatte er Ausdrücke und Aeußerungen bedient, wie „Lausejungens" usw. Wir können nur sagen, wenn ihn die rote Faust mal zu packen bekommt, dann wird er ihn dann nicht mehr blauer, sondern blutblauer Heinrich nennen.

Arbeiter von Gehofen, laßt Euch nicht mehr von dem blauen Heinrich schikanieren, nehmt den Kampf geschlossen auf unter Führung der Kommunistischen Partei.

Landarbeiter, zum Kampf gegen diese Barbarei

Die Rüpeleien des Inspektors Behrens

A.-K. Artern. Ungeheure Antreibemethoden herrschen auf dem hiesigen Rittergut, welches unter dem Kommando des gr. Inspektor Behrens steht. Die Landarbeiter, die dort beschäftigt sind, werden von morgens 4 Uhr bis abends 9 Uhr herumtrieben. So ist es zu verstehen, daß auch die nötige Antreiberei dabei nicht fehlt. Die Leute haben noch nicht mal Zeit, ihr Stückchen Brot in Ruhe zu verzehren. Daher kommt es auch, daß jetzt in kurzer Zeit drei Unglücksfälle passierten. Der letzte Verunglückte hatte schwere Verletzungen auf der Sangerhäuser Straße zugezogen. Der infolge seiner Verletzungen erschlafft und legte sich in den Chausseegraben. Dieser vollgefressene Kautz, der mit seinem Kutschwagen vorüberfuhr, hielt es nicht für nötig, den Verletzten in seinen Kutschwagen aufzunehmen und ihn nach dem Krankenhaus zu befördern, sondern der Verletzte mußte sich nach seiner Erholung selbst ins Krankenhaus schleifen.

Landarbeiter, hieraus erkennt Ihr, daß keine Gefühlsduselei am Platze, sondern es ist Eure Pflicht, Euch einzureihen in die Kommunistische Partei, um gemeinsam den schärfsten Kampf gegen die Ausbeuter und ihre Lakaien zu führen. Am 14. September aber heißt es: Liste 4 zu wählen.

Horst, der falsche Fuffziger

A.-K. Amsdorf. Als echter Sozialfaschist entpuppt sich Geschäftsmann Hugo Horst aus Amsdorf. Bei der Sammlung zu dem Wahlfonds der Partei gab zwar seine Frau 1 Mark, sie ganz genau weiß, daß nur Arbeiter bei ihnen kaufen. Als dies ihr Mann erfuhr, sagte er öffentlich im Laden der Frau zu Schlegel: „Wenn ich dagewesen wäre, hätte es nichts gegeben." Wahrscheinlich hat ihm sein Freund Karl Jahn verboten, einem die Kommunistische Partei zu geben.

Nach Bekanntwerden dieser Aeußerung erhielt er sofort seine Reichsmark wieder. An alle Arbeiter von Amsdorf, besonders in der Siedlung, ergeht die Aufforderung, nichts mehr bei den Sozialfaschisten zu kaufen.

Als Horst vor einigen Jahren noch Schippe und Hacke schwang auf Grube Reiner, war Jahn Karl für ihn ein Verräter und Bettelschaft. Heute geht Horst mit ihm durch dick und dünn. Herr Horst, man muß auch seinem Bruder dankbar sein, daß er erstens dafür sorgte, daß man einen Fleischerladen aufmachen konnte, und zweitens, daß er die Geschäftsbücher besorgt im Steuersachen. Aus diesen Gründen ist Horst auch in die Sozialfaschisten gegangen. Karl Jahn ist jetzt für ihn kein Verräter mehr. Er schlägt sich, Pack verträgt sich. Daß aber meistens Kommunisten bei ihm kaufen, will er nicht wissen. Seine Aeußerungen auf dem Kinderfest sowie bei dem Sommerfest der Radfahrer reden eine deutliche Sprache, um von den Arbeitern nicht verstanden zu werden. Wir werden in Zukunft noch mehr solche Helden vom Sozialfaschismus wie Horst unter die Lupe nehmen. Allen Arbeitern von Amsdorf rufen wir zu: Hinein in den Konsum, dort erhaltet Ihr gute, billige Ware, keinen Pfennig diesen Krämerseelen, die nur noch Groschen der Arbeiter leben.

Eisleben. Selbstmord auf den Schienen. An Hünebung ließ sich der 29 Jahre alte Bergschüler Schulze Leipenrode vom Zuge überfahren. Ihm wurde der Kopf und Rumpfe getrennt.

Der Arbeiter wählt Liste 4

Schoenlank, der Leisetreter, hetzt gegen die USSR.

SPD.-Versammlungen nur noch unter Polizeibedeckung — Wer wählt diese Verräter?

A.-K. Die Sozialdemokratische Partei wartet in diesem Wahlkampfe mit zwei Rednergarnituren auf. Die erste singt das Hohelied der Polizeisäbeldiktatur, wie es der Vorsitzende der SPD., Wels, schon auf dem Magdeburger Parteitag angestimmt hat. Zu dieser Garnitur zählen in unserem Bezirk u. a. die Peters, Bergholz und Schaumburg, von denen der letztere kürzlich der Arbeiterschaft von Morl in einer von Polizei und Reichsbannertollkommandos „gedeckten" Wahlkundgebung der SPD unverblümt zurief:

„Wenn wir erst wieder obenauf sind — damit meint er auf dem Ministersessel —, dann werden wir Euch die Lust am Krawallmachen (wie dieser Schaumschläger den empörten Protest der in dieser Versammlung anwesenden Arbeiter bezeichnete) vertreiben.

So reden die offenen Provokateure und Lobredner auf die Polizeisäbeldiktatur.

Die andere Garnitur, mit der die Sozialdemokraten den Wahlkampf bestreiten, ist die der Leisetreter. Hierher gehört u. a. auch der vor einigen Jahren aus der KPD. verjagte Reinhold Schoenlank, der sich inzwischen zum Typ eines sozialdemokratischen Bauernfängers entwickelt hat. In dieser Rolle gab er gestern abend den Wählern von Hohenthurm eins zum besten. Wie gründlich sein Bauernfang aber danebengelang, ging aus dem ununterbrochenen Gelächter und Protestrufen hervor, in das die von den Arbeitern stark besuchte Versammlung einstimmte, als Schoenlank flehentlich darum bat, das in die Brüche gehende „demokratische Staatsgefüge" zu reparieren.

Dabei stimmte er ein Klagelied nach dem anderen über den schlechten Stand des Staatssäckels an, worauf er saftige Zurufe, wie z. B. „in unserem Portemonnaie sieht es noch trostloser aus" erntete. Als derartige Zwischenrufe immer lauter wurden und Schoenlank infolgedessen geradezu den Daddrich bekam, „rächte" er sich an den Zwischenrufern gewissermaßen, indem er eine von noch stürmischeren Protestrufen unterbrochene Kommunistenhetze anstimmte, durch die er sich allerdings nur noch mehr vor der ganzen Versammlung als völlig verlumpter und knechtisch ergebener Standardenträger der sozialfaschistischen Arbeiterverräter entlarvte. Den Vogel schoß er aber mit der Feststellung ab, daß die Sowjetunion ein „Fremdstaat" sei, womit er den bündigen Beweis darüber erbrachte, daß er in den Reihen des Sozialfaschismus nicht nur Arbeiterverrat zu üben gelernt hat, sondern auch

allererbärmlichste Kriegshetze gegen den ersten Proletarierstaat.

Wie es übrigens um die von Schoenlank so sehr gepriesene Demokratie beschaffen ist, brachten die Sozialdemokraten in dieser Versammlung schon damit zum Ausdruck, daß der Versammlungsleiter, der Amtsvorsteher Schreiber Aute (SPD.), die ihm unterstellten Landjäger gleich mitgebracht hatte. Diese wurden während der Pause von Schreiber gründlich instruiert und standen schon bei Beginn der sogenannten Diskussion auf dem Sprunge. Vor Beginn der Versammlung hatte sich der Versammlungsleiter und Amtsvorsteher Schreiber schon damit gerühmt, daß max den Kommunisten höchstens fünf Minuten Redezeit gewähren würde. Als dann aber der in der Diskussion auftretende Genosse Beyling Schoenlanks Predigt unter allgemeiner Aufmerksamkeit und fortwährendem Beifall zerzauste, unternahm der Versammlungsleiter gar nicht erst den Versuch, ihm das Wort zu entziehen. Nachdem sich unsere Genossen etwa 20 Minuten lang mit der Koalitionspraxis der Sozialdemokraten beschäftigt hatten, und den von Schoenlank verzapften Schwindel gegen die KPD. zu widerlegen begann, wurde sowohl der sozialdemokratische Amtsvorsteher als auch Schoenlank hässt nervös. Sie versuchten, unseren Redner mehrfach zu unterbrechen und ihm unter stürmischem Protest der Versammelten das Wort zu entziehen, worauf aus der Mitte der Versammlung schließlich eine Abstimmung darüber herbeigeführt wurde, ob der KPD.-Redner weitersprechen solle oder nicht. Obwohl die überragende Mehrheit der Versammelten für Weiterreden stimmte, gab der hochwohllöbliche sozialfaschistische Amtsvorsteher „seinen Leuten", also den Landjägern, einen Wink. Als diese jedoch Anstalten machten, unseren Genossen aus dem Saale zu schaffen, wurde von den Versammelten selbst aufgefordert, **diese Polizeiversammlung der SPD. zum Zeichen des Protestes gegen den Terror zu verlassen.** Und siehe da, von der voll besetzten Versammlung blieben ganze zwei Tischchen besetzt, indessen alles übrige unter dem Gesang der „Internationale" den Saal verließ und vor dem Gasthof in wiederholte Hochrufe auf die Kommunistische Partei einstimmte.

Die Kommunistische Partei wird in der am 11. September im Lokal Gehre stattfindenden öffentlichen Wählerversammlung das, was ihr in der SPD.-Versammlung nicht zu sagen ermöglicht wurde, doppelt und dreifach nachholen. Zu dieser Versammlung sind auch die sozialdemokratischen Arbeiter schon jetzt eingeladen. Sie werden sich in unbeschränktem Maße in dieser kommunistischen Versammlung äußern können. **Alles heraus zur Wählerversammlung der KPD. am 11. September.**

Ausnahmetage bei Jarosch

Anzüge, Mäntel, Knabenanzüge

außergewöhnlich billig! 1816

Jarosch, Bitterfeld, Markt 7

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300904-15/fragment/page=0012